



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Rechtsaußenparteien und die Motive
ihrer Anhänger*innen
Eine Analyse in Italien und Deutschland

verfasst von / submitted by

Katharina Luise Lechner

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2024 / Vienna 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Assoz. Prof. Carolina Plescia, BA MA PhD

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
1 Einleitung.....	4
2 Terminologie	6
3 Forschungsstand	9
4 Theoretischer Rahmen	15
4.1 Modernisierungsverliererthese.....	15
4.2 Zuwanderungsthese	16
4.2.1 Ressourcenkonflikte und Ablehnung von Zuwanderung	18
4.2.2 Rassistische Stereotype und Ablehnung von Zuwanderung.....	19
4.3 Politikverdrossenheitsthese	21
5 Forschungsdesign.....	24
5.1 Untersuchungseinheiten: Länder, Zeitraum, Parteien	24
5.2 Daten.....	27
5.3 Variablen	28
5.3.1 Parteiidentifikation	28
5.3.2 Ökonomische Situation, Einstellung zu Immigration, Politikverdrossenheit.....	29
5.4 Methode.....	30
6 Ergebnisse	31
6.1 Parteiidentifikation	31
6.2 Ökonomische Situation.....	33
6.3 Einstellung zu Immigration	35
6.3.1 Ressourcenkonflikte und Ablehnung von Zuwanderung	36
6.3.2 Rassistische Stereotype und Ablehnung von Zuwanderung.....	37
6.4 Politikverdrossenheit	39
7 Analyse	40
7.1 Ökonomische Situation.....	42
7.2 Ablehnung von Immigration	44
7.2.1 Ressourcenkonflikte und Ablehnung von Zuwanderung	44
7.2.2 Rassistische Stereotype und Ablehnung von Zuwanderung.....	46
7.3 Politikverdrossenheit	47
8 Fazit.....	49
9 Literatur	54

10	Anhang	63
10.1	Abstract	63

1 Einleitung

Wer wählt Rechtsaußenparteien und warum? Diese Frage beschäftigte die Sozialwissenschaften bereits in den 1920er Jahren, als sich in Italien und Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern, rechtsextreme Gruppierungen bildeten. Seitdem wurde die Frage in verschiedenen Phasen erneut gestellt. Gleich im Anschluss an das Scheitern des europäischen Faschismus bildeten sich in den jungen Demokratien auch erste post-faschistische Bewegungen, häufig auf Initiative ehemaliger Parteianhänger*innen. Eine zweite rechte Welle folgte, als sich nach dem Wirtschaftswunder bei Teilen der Bevölkerung Ernüchterung einstellte. Der Beginn der neuesten Welle, als deren Beweggründe Arbeitslosigkeit und Xenophobie angenommen werden, wird in den 80er Jahren verortet. Die Erscheinungen der ersten beiden Wellen waren meist von kurzer Dauer und ihr Wählerpotenzial konnte von konservativen Mitte-Rechtsparteien absorbiert werden (vgl. von Beyme 1988). Spätestens seit der Wahl von Donald Trump ist jedoch klar: die rechten Bewegungen der letzten Jahre sind mehr als vorübergehende Aktivitäten einer Minderheit unzufriedener Bürger*innen. Ganz im Gegenteil sind die alten und neuen Rechtsaußenparteien heute ernstzunehmende und vor allem dauerhafte politische Größen. Zu verdanken haben die Parteien dies auch einer wachsenden und immer stabiler scheinenden Wählerschaft.

Um deren Motive zu verstehen, betreiben Politiker*innen, Medienvertreter*innen und Wissenschaftler*innen gleichermaßen Ursachenforschung. Die Beweggründe für den Trend nach rechts werden dabei mal in ökonomischen, mal in ideologischen, mal in politischen Verhältnissen vermutet. Dabei wurde über die betreffenden Wähler*innen oft auch vereinfachend und abwertend gesprochen. Zu erinnern sei an dieser Stelle etwa an Hilary Clintons Aussage über Trumpwähler*innen, man könne die Hälfte von ihnen in einem „Korb der Erbärmlichen“¹ zusammenfassen. Sie seien sexistisch, rassistisch, homophob, xenophob und islamophob (vgl. Reilly 2016). Obwohl Clinton die Aussage später relativierte und betonte, die andere Hälfte seien besorgte und enttäuschte Bürger*innen, deren Ängste man ernst nehmen müsse, bestätigte ihre Aussage auch das von Trump beschworene Narrativ einer politischen Elite, die

¹ “You know, to just be grossly generalistic, you could put half of Trump’s supporters into what I call the basket of deplorables. Right? The racist, sexist, homophobic, xenophobic, islamophobic—you name it. And unfortunately, there are people like that. And he has lifted them up.” (TIME 2016)

von einer erhobenen moralischen Position herab ein schnelles Urteil über einen großen Teil der amerikanischen Wähler*innen zu fällen schien (vgl. Jacobs 2016).

Einige Autor*innen sehen die Ursachen des derzeitigen Rechtsrucks in politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und durch die Globalisierung in Gang gesetzt wurden. Die in den 90er Jahren am prominentesten durch Francis Fukuyamas Essay „Das Ende der Geschichte“ vertretene These, das sich als erfolgreich herausgestellte westliche System – ein Zusammenspiel von Kapitalismus und liberaler Demokratie – werde von nun an für Frieden, Wohlstand und Stabilität sorgen, wird heute immer stärker in Zweifel gezogen. Als Folge der Globalisierung und der damit einhergehenden Liberalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft komme es immer häufiger zu Krisen, sozio-ökonomischer Verunsicherung und der Angst vor Identitätsverlust (vgl. z.B. Colin Crouch, Philipp Ther). In Bezug auf den europäischen Rechtstrend sind dabei die Folgen der Finanzkrise 2007/2008 sowie der anschließenden Währungskrise um 2010 und der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 von besonderer Bedeutung.

Im Folgenden werden die drei gängigsten Thesen zur Motivation der Anhängerschaft von Rechtsaußenparteien – Modernisierungsverliererthese, Cultural Backlash und Politikverdrossenheit – vorgestellt und im Anschluss für den Zeitraum der deutschen Bundestagswahlen 2017 und der italienischen Parlamentswahlen 2018 empirisch überprüft. Zu dieser Zeit liegen sowohl die wirtschaftlichen Krisenereignisse um 2010 als auch die großen Zuwanderungsbewegungen 2015 in der jüngeren Vergangenheit. Die Betrachtung aller drei Thesen nebeneinander erlaubt einen direkten Vergleich der Bedeutung verschiedener Aspekte zum gleichen Zeitpunkt. Bisherige Arbeiten zum Thema bieten zwar oft einen Überblick verschiedener Thesen aus theoretischer Perspektive, bleiben empirische Nachweise jedoch schuldig. Andere beschränken sich auf die Testung einzelner bzw. den Vergleich von zwei Thesen. Durch die hier vorgenommene Ergänzung von Theorie durch Empirie sowie die Gegenüberstellung zweier nationalstaatlicher Kontexte lassen sich erwartete Zusammenhänge konkret aufzeigen bzw. widerlegen und gegebenenfalls auf Alternativen verweisen.

Mit Daten der European Values Study 2017 soll der Zusammenhang zwischen einer Identifikation mit Rechtsaußenparteien und den Variablen ökonomische Sorgen, Einstellungen zu Immigration sowie Politikverdrossenheit analysiert werden. Als Untersuchungsräume dienen Deutschland und Italien. Beide Länder waren von Finanz- und Eurokrise betroffen, erlebten jedoch insbesondere die Währungskrise in der öffentlichen Debatte aus unterschiedlichen Perspektiven. Großen Einfluss auf den Verlauf der Entwicklung der Parteienlandschaft schreibt man sowohl in Italien als auch in Deutschland der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 zu. Bei den analysierten Parteien stehen sich die etablierte und verhältnismäßig alte Lega und die erst zehn Jahre alte AfD gegenüber. Deutschland ist also mit einer neuen, im Verhältnis zu vorherigen Rechtsaußenparteien der Nachkriegszeit aber erfolgreichen Rechtsaußenpartei konfrontiert, während in der politischen Landschaft Italiens weder etablierte Rechtsaußenparteien noch rechtskonservative bis rechtsextreme Rhetorik neu sind. Untersucht werden soll, ob und wenn ja, inwiefern sich die Ergebnisse nach Partei und Land unterscheiden. Im Zentrum steht die Frage, weshalb Menschen sich Rechtsaußenparteien zuwenden und welche Faktoren dafür entscheidend sind.

2 Terminologie

Das Phänomen des global zu beobachtenden Rechtsrucks stellt Autor*innen vor ein konzeptionelles Problem. Je nach Kontext und Forschungsschwerpunkt werden für die betreffenden Parteien Begriffe wie rechtsextrem, rechtsradikal, rechtskonservativ, rechtspopulistisch, radikal rechtspopulistisch, rechts-außen, identitär u.v.m. verwendet. Lenzer verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass sich die Parteien selbst meist in keine Parteienfamilie (wie etwa sozialdemokratisch, liberal, christlich-konservativ, usw.) einordnen und sich gegen Fremdbezeichnungen sogar wehren (vgl. 2012: 157). Die AfD ging 2017 etwa gerichtlich gegen die Bezeichnungen „rechtsextremistisch“ und „rechtsextrem“ vor (vgl. FAZ 2018) und im Zusammenhang mit Treffen mit rechtsextremen Gruppen im Jahr 2013 sagte Matteo Salvini: „Die Lega kommt nicht von rechts und wird dort auch nicht ankommen“ (il Fatto Quotidiano 2013). Dies lässt darauf schließen, dass die Partei sich zu dieser Zeit zwar als Sympathisantin entsprechender Strömungen, jedoch nicht als rechtsextrem verstehen wollte.

Unterschieden werden die Kategorien Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus, wobei erstere, zurückgehend auf eine Definition des deutschen Verfassungsschutzes, als Steigerung von letzterer verstanden wird (vgl. Eatwell 2000: 410). Beide Phänomene teilen zwar Kernelemente wie Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Anti-Liberalismus, „im Unterschied zum ‘Extremismus’ sollen (bei Radikalismus) jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden.“ (vgl. bpb k.A.). Allgemeiner formuliert sei nach Mudde „die extreme Rechte revolutionär (...), (...) die radikale Rechte eher reformistisch“ (vgl. 2021: 20). Zur Definition des Rechtsextremismus gehört folglich auch eine höhere Gewaltbereitschaft. In Deutschland hat die Unterscheidung noch eine andere, entscheidende Funktion. Hier können „rechtsextreme“ Parteien verboten werden, „rechtsradikale“ hingegen nicht (Mudde 2021: 17). Die Einstufung der AfD als extremistischer Verdachtsfall bzw. als in Teilen erwiesen rechtsextremistisch (Landesverband Thüringen) ermöglicht daher nicht nur die offizielle Beobachtung durch den Verfassungsschutz, sondern auch ein potenzielles Verbotsverfahren (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022: 88 ff.; bpb 2022). Dennoch fällt es schwer, die Partei eindeutig als radikal oder extrem zu definieren. Gleiches gilt für die italienische Lega. Einige Autor*innen sehen sie im Lager rechtsextremer Parteien angesiedelt (vgl. Eatwell 2000), andere bezeichnen sie als populistisch rechtsradikal (vgl. Mudde 2016) bzw. radikal rechtspopulistisch (vgl. Mudde 2021). Die Bezeichnungen unterscheiden sich oft je nach Erscheinungszeitpunkt der Literatur, sogar wenn es sich wie im Fall Cas Muddes um denselben Autor handelt. Dies liegt auch an der Veränderung der politischen Ausrichtung der Partei im Laufe der Jahre. Matteo Salvini's Lega gilt von der Lega Nord Umberto Bossis zu unterscheiden, ebenso wie die AfD Bernd Luckes von der Alice Weidels.

In den Medien ist der Begriff „rechtspopulistisch“ zu einer häufig gebrauchten Bezeichnung avanciert, der sowohl rechtsradikale als auch rechtsextreme Gruppierungen zu beinhalten scheint. In der Wissenschaft finden sich jedoch unterschiedliche Ansichten darüber, ob Populismus lediglich ein Politikstil (vgl. Eatwell 2000: 412) oder eine politische Ideologie sei (vgl. Cas Mudde 2009: 23). Als solche lehne der Populismus zwar die liberale Demokratie, jedoch nicht die Demokratie per se ab. Orientiert man sich an dieser Definition, kann Rechtsextremismus aufgrund seiner immanenten Systemfeindlichkeit eigentlich nicht populistisch sein (s. oben), wodurch der Terminus „rechtspopulistisch“ nur auf Rechtsradikalismus angewendet

werden könnte. Darüber hinaus ist Populismus (egal ob links oder rechts) kein Alleinstellungsmerkmal der hier diskutierten Parteien und wird in dieser Arbeit folglich nicht als zentrales Merkmal betrachtet.

Eine eindeutige konzeptionelle Einordnung, welche vor allem langfristige Gültigkeit beanspruchen kann, ist derzeit schwer zu finden. Am passendsten für die vorliegende Arbeit erscheint daher die Verwendung der Bezeichnung „Rechtsaußenparteien“, in Anlehnung an die im Angelsächsischen gebräuchliche Kategorie „far right“, die wie ein Oberbegriff verwendet wird (vgl. Mudde 2021: 13; Pirro 2022). Laut Pirro erlaubt der Rückgriff auf eine höhere Abstraktionsebene in diesem Fall sogar größere Präzision. Die eindeutige Distinktion zwischen „noch“ demokratischen und „schon“ demokratiefeindlichen Tendenzen sei in der Praxis gar nicht immer möglich. Darüber hinaus unterhielten per Definition „nur“ rechtsradikale Parteien häufig durchaus lebhaft Verbindungen zu rechtsextremen Bewegungen. Dies lässt sich nicht zuletzt am sogenannten „Flügel“ der AfD oder an ihrer Nähe zu Reichsbürger*innen (vgl. tagesschau 2023) aufzeigen sowie an gemeinsamen Demonstrationen der Lega und der neofaschistischen Bewegung CasaPound (z.B. 2015 in Rom) oder der rechtsextremen Forza Nuova (vgl. Pirro 2022: 107).

Unabhängig davon, ob die Parteien nun stärker zu Radikalismus oder zu Extremismus neigen, betrachtet Pirro die Punkte Gleichheit, liberale Verfassung und Demokratie als entscheidend. Davon ausgehend, dass auf einem politischen Links-Rechts-Spektrum die Einstellung zu den genannten Werten immer restriktiver und exklusiver wird, verbindet Rechtsaußenparteien eine Vorstellung von (Un-)Gleichheit, die auf sehr exkludierenden Grundlagen wie Ethnie, Religion oder Nation gedacht wird. Dies beeinflusst wiederum die Position zum liberalen Konstitutionalismus, der allgemeine Rechte auch für Minderheiten konstitutionell verankert und Institutionen für deren Einhaltung bestimmt. Dem nativistischen Verständnis von Gleichheit seitens Rechtsaußenparteien, weshalb sie zwar nicht unbedingt den Konstitutionalismus ablehnen, wohl aber seine liberale Komponente. Diejenigen Parteien innerhalb des Rechtsaußenspektrums, die hingegen auch den Konstitutionalismus selbst ablehnen, um ihre Vorstellung von (Un-)Gleichheit durchzusetzen, würden laut Pirro dadurch anti-demokratisch und fallen somit unter die oben beschriebene Definition von rechtsextrem. Wo genau eine Partei auf dem Grat zwischen rechtsradikal oder rechtsextrem stehe, könne sich im Laufe der Zeit oder

mit wechselndem Personal verändern. Auch seien informelle Verbindungen ins rechtsextreme Lager von außen schwer zu beurteilen. Innerhalb der Kategorie Rechtsaußen seien aufgrund der breiteren Fassung des Begriffs diese feinen Abstufungen jedoch weniger entscheidend, wodurch er paradoxerweise eine genauer zutreffende Beschreibung erlaube (vgl. Pirro 2022: 103-109). Die in den Medien gebräuchliche Zusammenfassung von Parteien wie AfD, Lega, etc. unter der Kategorie „rechtspopulistisch“ trifft zwar ebenfalls zu, bezieht sich jedoch streng genommen weniger auf politische Inhalte als auf die Kommunikation und Rhetorik einer Partei und ist des Weiteren häufig auch für andere konservative Parteien zutreffend. Darüber hinaus ist der Fokus auf Populismus für das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit nicht differenziert genug. Sympathie und Nähe zu einer Partei entstehen aufgrund der vermeintlich vertretenen Inhalte, selbst wenn diese von den Politiker*innen populistisch transportiert werden. Daher wird im Folgenden die Bezeichnung „Rechtsaußenpartei“ sowohl für die AfD als auch für die Lega verwendet. Dies erlaubt es, mit einem einheitlichen Begriff sowohl den inhaltlichen Überschneidungen der Parteien gerecht zu werden als auch der Rolle, die sie in ihrem jeweiligen nationalpolitischen Kontext einnehmen.

3 Forschungsstand

Die Frage nach den Beweggründen der Wählerschaft von Rechtsaußenparteien beschäftigt die Sozialwissenschaften seit Langem. Im Großen und Ganzen lassen sich die häufigsten Erklärungsansätze in drei Kategorien unterscheiden. Ökonomisch-materiell argumentierende Ansätze versuchen, die Wahl einer rechten Partei mit ökonomischen Notlagen der Wähler*innen zu erklären, wie sie etwa aufgrund einer akuten Wirtschaftskrise oder als Folge langfristiger ökonomischer Transformationen auftreten können. Solche können beispielsweise der Verlust des Arbeitsplatzes oder sinkende Reallöhne sein. Wahlergebnisse werden nach diesem Ansatz häufig im Kontext von Krisenereignissen betrachtet, die sich verschlechternd auf die materiellen Verhältnisse in der Bevölkerung auswirken oder solche Effekte zumindest erwarten lassen und somit Abstiegsängste auslösen. Der im zweiten Weltkrieg gipfelnde immense europäische Rechtsruck der 1930er Jahre wird bis heute auf die Große Depression zurückgeführt. Insbesondere dort, wo die wirtschaftliche Lage über den Zeitraum mehrerer Jahre schlecht blieb, erlebten extremistische Parteien einen Aufstieg (vgl. Klapsis 2014: 190 ff.). Funke et al. analysieren in diesem Zusammenhang das politische Nachbeben von Finanzkrisen über einen

Zeitraum von 140 Jahren. Sie können nachweisen, dass die Wahlergebnisse von Rechtsaußenparteien in den fünf Jahren nach derartigen Krisen um durchschnittlich 30 % im Vergleich zur vorherigen Wahl ansteigen (vgl. 2016). Klapsis verweist auf den sprunghaften Anstieg der Ergebnisse der NSDAP von lediglich 2,63 % im Jahr 1928 auf 37,27 % fünf Jahre später. Ähnliche Effekte gibt es auch bei rechten Parteien nach der Finanzkrise 2007/2008 in Europa zu beobachten (vgl. 2014: 191-193). Bei konjunkturbedingten ökonomischen Schwankungen oder anderweitig bedingten Rezessionen sei der Effekt hingegen nicht zu beobachten. Wirtschaftskrisen, die im Finanzsektor ausgelöst werden, haben bei gleichen ökonomischen Folgen also andere politische Auswirkungen. Funke et al. vermuten als Grund dafür, dass Finanzkrisen tendenziell als menschenverursacht (z.B. durch Spekulation, mangelnde staatliche Regulierung) verstanden werden, Konjunkturschwanken hingegen als „natürlich“ bzw. systemimmanent akzeptiert werden. Einhergehend mit einem Drang an die politischen Ränder sei auch ein erhöhtes außerparlamentarisches Protestaufkommen. Politische Destabilisierung sei die Folge (vgl. Funke et al. 2016: 227 f., 232). Ponticelli und Voth untersuchen mit ähnlichen Ergebnissen die gesellschaftlichen Auswirkungen von Austeritätspolitik, häufige politische Reaktion auf Finanzkrisen (vgl. 2020).

Der Zusammenhang zwischen der Finanzkrise 2007/2008 und einem Erstarken von Rechtsaußenparteien kann jedoch nicht allumfassend bestätigt werden. Stockemer untersuchte den Effekt in über 160 Regionen in 17 westeuropäischen Ländern zwischen 1990 und 2013. Dabei zeigte sich, dass die These nicht überall gleichermaßen zutraf. Nur in einem der fünf am stärksten von der Finanzkrise betroffenen Länder² stieg der Anteil der Rechtsaußenwähler*innen spürbar an. Stärker als die tatsächliche Betroffenheit durch die Krise wirke sich die Angst, man könne eines Tages davon betroffen werden, aus (vgl. 2017: 1545 ff.). Rippl und Baier stellen bei einer Untersuchung der Bedeutung von ökonomischer Deprivation ebenfalls fest, dass die Angst vor individueller Deprivation ein höherer Indikator für die Nähe zu Rechtsaußenpositionen ist als tatsächlich wahrgenommene Verluste. Dabei spielt vor allem eine Rolle, ob man die soziale Gruppe, zu der man sich zugehörig fühlt, als benachteiligt empfindet (kollektive Deprivation) (vgl. Rippl/ Baier 2005: 658 f.). Dies trifft ebenfalls auf relative Deprivation zu. Auch

² Griechenland, Spanien, Irland, Portugal, Island

hier ist es für ein Gefühl der Benachteiligung ausreichend, seine Position im Verhältnis zu anderen als schlechter zu bewerten (vgl. Lengfeld 2017: 213, Pickel 2019: 147).

Ein zentraler Fokus vieler Publikationen liegt daher auf Globalisierungsprozessen sowie der Umsetzung neoliberaler Reformen seit den 80er Jahren. Damit in Zusammenhang stehen ökonomische, gesellschaftliche und politische Prozesse, die in Teilen der Bevölkerung zu Angst vor Statusverlust, Ablehnung von Zuwanderung und dem Gefühl mangelnder Repräsentation durch die Politik führten, auf die mit einem starken Bedürfnis nach kollektiver Identität, vermeintlicher Sicherheit durch Abschottung und tiefem Misstrauen gegenüber etablierten Parteien reagiert würde (vgl. Loch/ Heitmeyer 2018: 11-20). Die gesellschaftlichen Tendenzen nach rechts allein auf ökonomische Faktoren zu reduzieren, reicht dementsprechend nicht weit genug. Im Zusammenhang sozio-ökonomischer Transformationsprozesse im Zuge der Globalisierung untersuchen Autor*innen den Einfluss (rechts-)konservativer Grundhaltungen und Werte in der Zivilgesellschaft. Dazu gehören Rassismus, religiöser Konservatismus sowie national und ethnisch exklusiv gedachte Konzepte von Identität und Zugehörigkeit. Sie beobachten das Entstehen einer neuen politischen Konfliktlinie zwischen Globalisierungsgewinner*innen (Kosmopolit*innen) und -verlier*innen (Kommunitarist*innen). Als erstere werden Menschen mit liberalen Werten verstanden, die sich u.a. für Minderheitenrechte, Pluralismus und eine liberale Zuwanderungspolitik aussprechen. Diese seien meist gut ausgebildet, mehrsprachig und sähen die Öffnung von Grenzen und Märkten als Chance. Dem gegenüber stünden Menschen mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen, die sich von der neuen Flexibilität und Öffnung durch die Globalisierung bedroht fühlen, konservative Werte wie die traditionelle Familie oder heteronormative Vorstellungen von Sexualität hochhielten und Immigration ablehnend gegenüberständen. Letztere fühlten sich von den etablierten Parteien vernachlässigt, von Rechtsaußenparteien hingegen häufig verstanden (vgl. Lengfeld/ Dilger 2018, Inglehart/ Norris 2016, Kriesi et al. 2012). Inglehart und Norris (2016) sehen in dieser Entwicklung eine Reaktion auf die über die Wirtschaft hinausgehende Liberalisierung von Werten, Kultur und Gesellschaft und bezeichnen sie als Cultural Backlash. Die Finanzkrise 2007/ 2008 stellt dabei einen wichtigen Wendepunkt dar. Bis dahin waren neoliberale Reformen, Deregulierung und Globalisierung wirtschaftspolitisch als alternativloses Mittel der Wahl, von dem irgendwann alle profitieren würden, angepriesen worden. 2008 stellte sich dieses Versprechen als falsch heraus, umso mehr als der Eindruck entstand, nur die Finanzwelt würde nach

dem Crash gerettet. Das System geriet in eine Legitimationskrise (vgl. Harvey 2009). Im Abschluss seiner Langezeitstudie Deutsche Zustände schaut Heitmeyer 2012 auf ein entschertes Jahrzehnt zurück. Infolge verschiedener Krisen u. a. der Finanzkrise 2008 sei ein Anstieg der Verunsicherung und Unzufriedenheit festzustellen (vgl. Heitmeyer 2012: 19 ff.). Abstiegs- und Zukunftsängste nahmen ebenso zu wie die Überzeugung, es sei bei zukünftigen Krisen nicht mehr möglich, alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen zu schützen. Colin Crouch nennt diese Überzeugung „nostalgischen Pessimismus“, eine Sehnsucht nach besseren, jedoch vergangenen Zeiten, verbunden mit großem Misstrauen in die Zukunft. Dieser finde vor allem in der Politik von Rechtsaußenparteien Ausdruck (vgl. Crouch 2021: 136 ff.).

Unzufriedenheit mit dem politischen System und das Gefühl, nicht repräsentiert zu sein, sind ein zunehmend weit verbreitetes Phänomen. Der Spielraum nationaler Regierungen wird durch die Einbettung in supranationale Gemeinschaften wie die EU und transnational gültige Abkommen begrenzt. Anstatt die Interessen ihrer nationalen Wählerschaft uneingeschränkt vertreten zu können, verschieben sich die Tätigkeitsschwerpunkte von Parteien und Regierungen hin zur Umsetzung an höherer Stelle bestimmter Richtlinien. Ihre repräsentative Funktion weicht somit einer stärker administrativen. In den Augen der Bürger*innen schwindet damit die Gestaltungsmacht, die sie als Wähler*innen in einer repräsentativen Demokratie über die Parteien ausüben können. Die Folge sind unter anderem seit Jahren sinkende Parteimitgliedschaften (vgl. Kriesi 2014: 364 f.). Colin Crouch sieht unter diesen Umständen einen Wendepunkt hin zum Zeitalter der Postdemokratie. Dieses kennzeichnet sich auch durch wachsenden politischen Einfluss wirtschaftlicher Akteur*innen und Lobbyist*innen. Eine der Folgen ist weitere Deregulierung, häufig mit negativen Auswirkungen für Arbeitnehmer*innen. Den Frust, der dadurch entsteht, wüssten Rechtsaußenparteien besonders gut aufzufangen, indem sie Schuldige benennen, wie Immigrant*innen und politische Institutionen (vgl. Crouch 2021: XX). In eine ähnliche Richtung geht Wilhelm Heitmeyer mit der These, ein immer autoritärer, alternativlos wirkender und politisch bestimmender globaler Kapitalismus führe langfristig zu Demokratieentleerung, da er die politische Handhabe von Nationalstaaten einschränke. Eine Reihe subjektiver Kontrollverluste und das Gefühl sinkender sozialer Absicherung sei die Folge. Bereits in den 90ern konnte Heitmeyer in Deutschland feststellen, dass in Verbindung mit dieser Entwicklung das Vertrauen in politische Institutionen (Regierung, Parteien, Parlament) immer weiter sank (vgl. ebd.: 501-513). Dies begünstigt das Verfangen populistischer

Narrative, wie sie von Rechtsaußenparteien häufig verwendet werden. Im Kern betonen diese immer den Gegensatz „Volk vs. Elite“³, womit den gegnerischen Parteien meist abgesprochen wird, gute oder überhaupt Volksvertreter*innen zu sein (vgl. Rippl/ Seipel 2018: 239; Abbondanza/ Bailo 2017: 382). Der Zustand der Demokratie wird von Rechtsaußenparteien dadurch grundlegend in Frage gestellt. Interessant ist in diesem Bezug die Bedeutung von Nichtwähler*innen. In Deutschland zeigen mehrere Untersuchungen, dass die AfD 2017 zu einem großen Teil davon profitiert, diese an die Urne zu bringen (vgl. Martin 2019; Lengfeld/ Dilger 2018). Bei der Bundestagswahl 2017 lag der Anteil ehemaliger Nichtwähler*innen unter den AfD-Wähler*innen vier- bis fünfmal so hoch wie bei anderen Parteien. Gegenden, in denen im Vergleich zur Vorwahl die Wahlbeteiligung stieg, verzeichneten hohe Prozentzahlen für die Partei (vgl. Martin 2019: 256 ff.). Dieser Effekt lässt sich auch bei der italienischen Lega beobachten. Je mehr Menschen in Italien wählen, umso besser werden ihre Ergebnisse (vgl. Abbondanza/ Bailo 2018: 395). Durch Stimmungsmache gegen etablierte Parteien und Politiker*innen könnte es beiden Parteien gelungen sein, der Stimmabgabe in den Augen mancher Nichtwähler*innen einen Sinn zurückzugeben, und sich als Alternative zum „System“ und die Vertreter „wahrer“ Demokratie zu profilieren (vgl. Rydgren 2007: 243).

Eine Schlüsselrolle kommt dem Themenkomplex Immigration zu. In den letzten 20-30 Jahren nehmen nationale Identität und das Konzept des Ethno-Pluralismus eine zentrale Position im Profil von Rechtsaußenparteien ein. Unter Ethno-Pluralismus wird im Gegensatz zum Multikulturalismus eine Unvereinbarkeit verschiedener Kulturen und kultureller Identitäten verstanden. Um nationale Kultur und Identität zu bewahren, dürfe diese möglichst wenig mit anderen „vermischt“ werden. Dementsprechend wird Zuwanderung (vor allem aus muslimisch geprägten Kontexten) als Bedrohung dargestellt. Rydgren definiert vier fremdenfeindliche Hauptmotive von Rechtsaußenparteien. Immigrant*innen würden von diesen als Bedrohung der jeweiligen ethno-nationalen Identität (1), eine der Hauptursachen von Kriminalität (2) und Arbeitslosigkeit (3) sowie als unberechtigte Nutznießer*innen der nationalen Sozialsysteme

³ Diesem populistischen Grundnarrativ unterliegen spezifische Definitionen von Volk, die Kriesi wie folgt unterscheidet: Das politische Volksverständnis, wonach die „Massen“ das zentrale Herrschaftsorgan sein sollen, ziehe politische Implikationen in Bezug auf die Gestaltung der repräsentativen Demokratie nach sich und sei an beiden Extremen des politischen Spektrums zu finden. Ein besonderes Kennzeichen rechten Populismus' sei, dass das Volk kulturell anhand einer bestimmten Identität definiert und mit einer bestimmten Nation, Ethnie oder Religion gleichgesetzt werde, wohingegen Populismus von links das „Volk“ primär ökonomisch als (unterdrückte) Klasse verstehe (vgl. Kriesi 2014: 363).

(4) dargestellt (vgl. ebd. 2007: 244 f.). Ablehnende Haltungen gegenüber Immigrant*innen in der Bevölkerung sind Bestandteil einiger Hypothesen zur Erklärung des Erfolgs von Rechtsaußenparteien. Dies gilt sowohl für die Cultural Backlash-These als auch für die Modernisierungsverliererthese (vgl. Inglehart/ Norris 2016; Rippl/ Seidl 2018). Dabei ist der Zusammenhang solcher Einstellungen und der tatsächlich messbaren Zuwanderung in ein Land gering. Laut Messing und Ságvári nahm die Ablehnung, Asylsuchende aufzunehmen, nach der sogenannten Flüchtlingskrise in vielen europäischen Ländern (inkl. Deutschland, Italien war nicht Teil der Untersuchung) sogar ab und stieg besonders in solchen Ländern, die wenig Zuwanderung erlebten, wo jedoch ein großes Gefühl von Unsicherheit und Kontrollverlust gemessen wurde (z.B. Ungarn). Darüber hinaus korrelieren negative Haltungen zu Immigrant*innen meist mit dem Gefühl politischer Machtlosigkeit und finanzieller sowie sozialer Unsicherheit (vgl. Messing/ Ságvári 2019: 16 f., 38f.). Da Rechtsaußenparteien häufig primär als Antimigrationsparteien auftreten, macht sie dies für Bürger*innen mit besonders ablehnender Haltung zu Immigration attraktiv. Studien zu affektiver Polarisierung in Europa, die untersuchen, wie ablehnend oder wohlwollend Personen mit bestimmten Überzeugungen Andersdenkenden bzw. Gleichgesinnten gegenüberstehen, zeigen, dass das Thema Zuwanderung bei Wähler*innen von Rechtsaußenparteien besonders hohe Polarisierungswerte aufweist. Diese befürworten in der Regel eine restriktive Zuwanderungspolitik und stehen Menschen, die eine gegenteilige Position vertreten, besonders ablehnend gegenüber (vgl. Herold et al. 2023: 48 f.). 2015 haben Rechtsaußenparteien das Mobilisierungspotenzial von Zuwanderungsdebatten erkannt und es in den darauffolgenden Jahren vorangetrieben. Im Vorfeld der deutschen Bundestagswahlen 2017 und der italienischen Parlamentswahlen 2018 war Zuwanderung in beiden Ländern eines der am meisten politisierten Themen, deutlich stärker als in den Jahren vor 2015 (vgl. Hutter/ Kriesi 2022: 348 f.). Zusammenfassend wird die Nähe zu Rechtsaußenparteien auf theoretischer Ebene entweder aus ökonomischen (z.B. Arbeitslosigkeit), kulturell-ideologischen (z.B. Xenophobie, Rassismus) oder politischen Gründen heraus erklärt. Betrachtet man die beschriebenen Ansätze genauer und auf verschiedenen Abstraktionsebenen, kommt man nicht umhin, die Interdependenz der Parameter anzuerkennen und alle Ansätze in Relation zu setzen.

4 Theoretischer Rahmen

4.1 Modernisierungsverliererthese

Inwiefern trifft die These der Modernisierungsverlierer*innen auf Lega und AfD zu? Unter diese Kategorie fallen insbesondere Menschen mit geringer schulischer und beruflicher Bildung, geringem Einkommen oder Personen, die im Alltag auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Als „Verlierer*in“ können sich jedoch durchaus auch Personen empfinden, auf die dies objektiv gar nicht zutrifft (relative Deprivation) (vgl. Lengfeld 2017: 213, Pickel 2019: 147). Die Theorie des *economic voting* geht davon aus, dass Menschen „die Politik für die Lage der Wirtschaft zur Rechenschaft (ziehen)“ (Faas/ Leininger 2020: 505). Unklar ist, ob die Leistung retrospektiv beurteilt oder gemäß der von einer Partei erwarteten Leistung gewählt wird (vgl. ebd. 505 ff.). Tatsächlich wählten in Deutschland 2017 in Regionen mit höheren Arbeitslosenquoten besonders viele Menschen die AfD. Im Vergleich zu anderen Parteien lag der Anteil dreimal so hoch (vgl. Martin 2019: 261, Lengfeld/ Dilger 2018: 190). Dies legt nahe, dass ökonomische Probleme mit der Bereitschaft, AfD zu wählen, positiv korrelieren. Auch der Anteil an Wähler*innen mit geringem Einkommen war deutlich höher als bei anderen Parteien, ebenso jedoch der von Personen mit mittleren Einkommen und Bildungsabschlüssen. Unabhängig von der realen ökonomischen Situation erweist sich bei AfD-Wähler*innen die Sorge um die berufliche und wirtschaftliche Zukunft als größer als bei anderen Wähler*innen (vgl. Lengfeld/ Dilger 2018: 190f.). Was die Modernisierungsverliererthese betrifft, ist die Datenlage in Bezug auf die AfD allerdings nicht eindeutig und teils sogar widersprüchlich. Mal sprechen die Ergebnisse für einen hohen Wähleranteil Geringverdienender und Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, mal belegen sie das genaue Gegenteil (vgl. Lengfeld 2017: 2016 f.). Zwar scheint ein Gefühl von Benachteiligung bzw. empfundener Verlust (relative Deprivation) Hinweise auf eine Tendenz zur Wahl der AfD zu geben, allerdings hätten rein faktisch „Personen mit AfD-Wahlabsicht (...) eher einen mittleren Schulabschluss, waren häufiger Angestellte oder Selbständige und bezogen häufiger ein mittleres oder hohes Einkommen.“ (Lengfeld 2017: 223). Zusätzlich seien Menschen mit höheren Einkommen sogar häufiger AfD-Wähler*innen als Menschen mit niedrigen Einkommen. Lengfeld nimmt daher an, ökonomische Beweggründe seien für die Wahl der Partei weniger entscheidend als angenommen (vgl. Lengfeld 2017: 223, 228).

In Italien ist die wirtschaftliche Lage zum Untersuchungszeitraum im europäischen Vergleich sehr problematisch. Von allen europäischen Staaten hat nur Griechenland sich noch schlechter von der Wirtschaftskrise erholt (vgl. Grasse/ Labitzke 2018: 7). Im April des Wahljahres 2018 liegt die Arbeitslosenquote bei 11,2 %. Die Reallöhne gehen zwischen 2010 und 2017 um 3,9 % zurück (vgl. Grasse/ Labitzke 2018: 10 f.). Die sozio-ökonomische Absicherung durch Arbeit und Einkommen nimmt für viele Italiener*innen also ab. Entsprechend der Modernisierungsverliererthese wäre zu erwarten, dass das italienische Rechtsaußenlager davon profitiert. Die Lega kann 2018 im Vergleich zu 2013 in der Gruppe der Arbeiter*innen und Selbstständigen Wähleranteile dazu gewinnen (vgl. Paparo 2018: 76 f.). Auch bei Arbeitslosen ist sie erfolgreich und kommt in dieser Wählergruppe an dritter Stelle nach der Fünf-Sterne- Bewegung und Silvio Berlusconis Forza Italia (vgl. Formigoni/ Formi 2018).

*H1: Befürworter*innen von Rechtsaußenparteien sind häufiger von ökonomischem Abstieg betroffen oder bedroht als Unterstützer*innen anderer Parteien.*

4.2 Zuwanderungsthese

Neben rein ökonomischen Variablen spielt die Haltung zu Migration eine große Rolle für die Präferenz einer Rechtsaußenpartei. Den großen Erfolg der AfD in Deutschland, die 2017 mit 12,6 % als drittstärkste Partei in den Bundestag einzog, nachdem sie 2013 noch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, sah nicht zuletzt der damals stellvertretende Parteivorsitzende Peter Gauland als Folge der Mobilisierung durch das Thema Immigration. In Bezug auf die zuvor schlechten Umfragewerte sagte dieser: „Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise“ und nannte die „Krise ein Geschenk für uns“ (dpa 2015). Kurz bevor Matteo Salvini 2013 als Gallionsfigur der Lega antrat, war diese bei den Parlamentswahlen ebenfalls kaum über 4 % und somit nur knapp ins Parlament gekommen⁴ (vgl. Braun 2015). Fünf Jahre später holte die Partei mit 17,4 % ein Rekordergebnis. Emanuele et al. können nachweisen, dass bei italienischen Bürger*innen Anti-Zuwanderungspositionen stark positiv mit der Wahl der Lega korrelierten (vgl. ebd. 2014: 58). Gleichermaßen nennen in Deutschland für Ihre Entscheidung, 2017 die AfD zu wählen, 60 % der AfD-Wähler*innen

⁴ In Italien gilt eine Drei-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament

die Zuwanderung von Geflüchteten als ausschlaggebend (nach Terrorismusbekämpfung 69 % und Kriminalitätsbekämpfung 61 %). Mit der Flüchtlingspolitik Angela Merkels sind 100 % der AfD-Wähler*innen unzufrieden (gefolgt von 63 % der FDP-Wähler*innen) (vgl. tagesschau/infratest 2017). Darüber hinaus ist unter der Gesamtheit der AfD-Wähler*innen der Anteil von Personen, die Zuwanderung ablehnen, deutlich höher als bei Anhänger*innen anderer Parteien. Mit dem Grad der Ablehnung könnte demzufolge auch die Wahrscheinlichkeit steigen, der AfD nahe zu stehen (vgl. Lengfeld/ Dilger 2018: 193). Dies scheint auch für die Wähler*innen der Lega zuzutreffen, die Immigration häufiger als Wähler*innen anderer Parteien als wichtigstes Thema einstufen, auch wenn das Thema in den Jahren nach der Finanzkrise bei der Wählerschaft aller italienischen Parteien höhere Bedeutung erlangte (vgl. Abbondanza/ Bailo 2018: 389). Abbondanza und Bailo können in Italien einen direkten Zusammenhang zwischen der Anzahl von Immigrant*innen in einer Region und den lokalen Wahlergebnissen der Lega feststellen. Ein Anstieg ersterer um 1 % führe demnach zu einem doppelt so hohen Anstieg der Stimmen für die Lega. Der Effekt beschränkt sich jedoch auf bestimmte, schon lange von der Lega dominierte Regionen im Norden Italiens (vgl. ebd.: 389-394). Dies lässt vermuten, dass weniger die tatsächlichen Zahlen, sondern vielmehr deren politische und öffentliche Aufbereitung ausschlaggebend sind.

Erklärungen für die Ablehnung und Angst vor Zuwanderung bieten sogenannte Sündenbocktheorien. Dementsprechend könne individuelle Frustration in Aggression gegenüber anderen umschlagen. Die Theorie des realistischen Gruppenkonflikts (Realistic Conflict Theory - RCT) führt Feindseligkeit gegenüber Minderheiten oder bestimmten Gruppen auf einen realen oder wahrgenommenen Wettkampf um Ressourcen zurück. Die Ablehnung von Zuwanderung wird in Bezug auf RCT oft auf sozioökonomische Abstiegsängste zurückgeführt (vgl. Stürmer/ Siem 2020: 69 ff.) Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer leistet mit dem Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) einen Beitrag zur Diskussion, wie in einer Gesellschaft mit Gruppen „unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit ihren verschiedenen Lebensstilen“ (Heitmeyer 2005:5) umgegangen wird. Daraus sind Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Mehrheiten und Minderheiten möglich. Das Konzept der GMF umfasst verschiedene Parameter. Dabei unterscheidet Heitmeyer Xenophobie von Rassismus, welche er als separate Elemente der GMF behandelt. Xenophobie resultiere aus einer als „bedrohlich wahrgenommene(n) kulturelle(n) Differenz und materielle(n)

Konkurrenz um knappe Ressourcen“ (ebd.: 6). Die begriffliche Unterscheidung ist wichtig, um verschiedene Ursachen von Ablehnung von Zuwanderung zu differenzieren. Laut der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus ist „Xenophobie ein universales Phänomen (...) und (tritt) in allen Ländern und Gemeinschaften (auf), wenn es zu Veränderungen in der gewohnten Umgebung durch fremde Ereignisse oder Menschen kommt. Diese Art der Veränderungen gehen oftmals mit Ängsten eines möglichen Kontrollverlustes, Unvorhersehbarkeit, Statusverlust und einer Zunahme an Feindlichkeit einher. Die aus der Xenophobie resultierende Fremdenfeindlichkeit ist eine Erscheinungsform von Rassismus und Nationalismus und fördert die Benachteiligung von Personen, welche als fremd empfunden werden.“ (2022).

Auch ideologische Beweggründe wie Rassismus oder Islamfeindlichkeit können Antimigrationshaltungen zugrunde liegen. Rechtsaußenparteien vertreten z.B. häufig rassenbiologische Theorien zum Kinderreichtum bestimmter migrantischer Bevölkerungsgruppen (allen voran Muslim*innen) und schüren dadurch Ängste. Ansichten wie diese hatte vor Gründung der AfD in Deutschland etwa auch Thilo Sarrazin verbreitet. Mit seinen Thesen gilt er häufig als ideologischer Vorreiter der AfD (vgl. Zere 2015). Derartige Rhetorik befeuert die Angst vor dem Verlust von Identität bzw. die Verdrängung der als eigen empfundenen „Kultur“. Der Zuspriech, den die seit 2014 in Deutschland aktive Bewegung PEGIDA⁵ erhält, kann als Ausdruck ebendieser Ängste verstanden werden.

4.2.1 Ressourcenkonflikte und Ablehnung von Zuwanderung

Für die Einordnung der Bedeutung ablehnender Haltungen bzgl. Immigration ist der Kontext politischer und ökonomischer Krisenereignisse wichtig. Zwar fanden sich in Bezug auf die Finanzkrise 2007/08 und die Eurokrise ab 2011 häufig abwertende Narrative in der Rhetorik von AfD (fleißige, sparsame Nord- vs. faule, verschwenderische Südeuropäer*innen) und Lega Nord⁶ (unsolidarische EU; fleißige, ehrliche Nord- vs. faule, kriminelle Südtaliener*innen). Allerdings lag der Fokus der Feindbilder stärker auf materiellen Aspekten und war innerhalb einer Gemeinschaft (EU, Italien) nach innen und vertikal nach „oben“ (EU) oder „unten“ (Nord-

⁵ Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes, seit 2021 vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich und rechtsextremistisch eingestuft (Nimz 2021)

⁶ Erst seit 2018 tritt die Partei ohne das Attribut „Nord“ an

Süd) gerichtet. Sowohl AfD als auch Lega betrieben dennoch immer auch eine Abgrenzung nach „außen“ und vertraten vehemente Positionen gegen Immigration (vgl. Bebnowski 2015: 15 ff.; Brunazzo/ Gilbert 2017: 629). Eine konflikttheoretische These besagt, dass ökonomische Schwierigkeiten die Wahrnehmung anderer gesellschaftlicher Gruppen, beispielsweise Immigrant*innen, als Bedrohung steigern können. Magistro und Wittstock vermuten daher einen Zusammenhang mit den Folgen der Finanz- bzw. Eurokrise und sinkender Akzeptanz von Zuwanderung (vgl. Magistro/ Wittstock 2021: 11). Diese Vorstellung scheint aufgrund des unterschiedlichen Ausmaßes an Betroffenheit durch die Wirtschaftskrisen für Italien wahrscheinlicher als für Deutschland. Heitmeyer stellt jedoch für beide Parteien fest, dass im europäischen Kontext der Zuspruch für Rechtsaußenparteien und deren Migrationspolitik nicht überall mit einer faktischen Verschlechterung ökonomischer Verhältnisse zu erklären ist. Vielmehr löse die Vorstellung eines Abstiegs große Scham und Versagensangst aus, die Ursache dafür würde dann häufig in „die Anderen“ projiziert. „Je umfangreicher diese Desintegrationsängste (...) beim Zugang zum Arbeitsmarkt und in der politischen Teilhabe sind, desto stärker ist dann auch die Ethnisierung der Probleme (...)“ (ebd. 2001: 517). Für die Neigung zu Nationalismus und Xenophobie – beides Kennzeichen der Programmatik von Rechtsaußenparteien - erweist sich darüber hinaus die kollektiv empfundene Deprivation, also eine vermeintliche Verschlechterung der Verhältnisse für die eigene soziale Gruppe, als ausschlaggebender als individuelle Erfahrungen (vgl. Rippl/ Baier 2005: 658). Die ersten Erfolge der AfD und der Lega unter Salvini könnten also einer Kombination aus Wirtschaftskrise und Xenophobie geschuldet sein.

*H2a: Ablehnung von Immigration aufgrund materieller Faktoren ist bei Unterstützer*innen von Rechtsaußenparteien häufiger anzutreffen als bei Unterstützer*innen anderer Parteien.*

4.2.2 Rassistische Stereotype und Ablehnung von Zuwanderung

Im Rahmen von Haustürgesprächen, die 2017 in strukturschwachen Gegenden mit hohem Anteil an Rechtsaußenwähler*innen in Deutschland und Frankreich geführt wurden, begründet ein Großteil der Befragten die eigene Ablehnung von Zuwanderung mit den folgenden Argumenten: den Kosten, die Zuwanderung zum Nachteil der eigenen Bevölkerung verursache und die durch Zuwanderung angeblich gestiegene Kriminalität (vgl. Hillje et al. 2018: 9). Diese beiden Aspekte konnte auch die Lega bereits seit den 90er Jahren erfolgreich in der

Migrationsdebatte platzieren (vgl. Abbondanza/ Bailo 2018: 384). Dinas und Spanje vermuten, die Kriminalisierung von Immigrant*innen spiele eine große Rolle bei Anti-Migrationshaltungen. Betrachtet man lediglich die reine Zuwanderungs- oder Kriminalstatistik, können diese Zahlen für sich genommen keine Erfolge für Rechtsaußenparteien vorhersagen. Erst wenn beide Themen in der Öffentlichkeit in Bezug zueinander gesetzt werden, tritt dieser Effekt ein (vgl. ebd. 2011: 669). Laut Burscher et al. steigt die Wahrscheinlichkeit, eine Anti-Zuwanderungspartei zu wählen, mit dem Ausmaß, in dem Personen mit Berichten, die Zuwanderung und Kriminalität in Zusammenhang bringen, konfrontiert sind. Je präsenter der Nexus Immigration-Kriminalität in der Öffentlichkeit ist, umso wahlentscheidender wird er also auch (vgl. ebd. 2015: 66). Laut Harris und Gruenwald bieten Medien einen Rahmen, innerhalb dessen komplexe Themen wie Migration und Kriminalität zusammengebracht und eingeordnet würden. Sie zeigen auf, wie bestimmte Narrative dabei über die Jahre zu- bzw. abnehmen. Während in den USA die Berichterstattung über Immigrant*innen als Opfer von Kriminalität zwischen 1990 und 2013 sukzessive abnahm, stiegen Berichte, in denen Zuwanderung als kriminogen - also Kriminalität hervorrufend – dargestellt wird. Gleiches gilt für Meldungen, die Immigrant*innen eine Neigung zu Kriminalität unterstellen (vgl. ebd.: 466). Obwohl eine Reihe von empirischen Studien belegt, dass Zuwanderung keinerlei Effekt auf die Kriminalitätsrate hat – in manchen Fällen führt Immigration sogar zu sinkenden Raten – wird von Politik und Medien oft das Gegenteil behauptet (vgl. Harris/ Gruenewald 2020: 453). Bedeutend ist auch die Kriminalisierung von Zuwanderung als solcher durch die Verwendung der Attribute „illegal“ und „irregulär“. In Italien hat sich nicht zuletzt durch die Lega auch in vielen Medien der Begriff „clandestino/a“ (dt. illegal, geheim) anstelle von „immigrato/a“ (dt. Zuwander*in) etabliert, der nicht nur eine „illegale“ Einreise, sondern auch illegales Verhalten unterstellt (vgl. Maneri 2019: 64). Rechtsaußenparteien konnten während des Untersuchungszeitraumes der vorliegenden Arbeit nicht nur die mediale Präsenz des Themas Zuwanderung steigern, sondern sich auch als vermeintlich sachverständig etablieren (vgl. Hutter/ Kriesi 2022: 348 f.). Ein Beispiel dafür ist ein Facebookpost Matteo Salvinis aus dem Jahr 2017. Er schreibt: „Für Gutmenschen, Linke und Journalisten besteht das Problem Italiens in zehn jungen Rechten, die einen Flugblatt lesen. Für mich hingegen sind das Problem Italiens die Tausenden Illegalen, die schlagen, stehlen, vergewaltigen, mit Drogen dealen.“ In Deutschland ist insbesondere die Silvesternacht 2015 ein Wendepunkt in der öffentlichen Migrationsdebatte. Am Kölner Dom kommt es zu einer großen Ansammlung vorwiegend nordafrikanischer und

arabischstämmiger junger Männer, es geschehen Handgreiflichkeiten, Diebstähle und sexuelle Übergriffe auf Frauen (vgl. Bosen 2020). Die AfD greift die Ereignisse auf und verschärft die Rhetorik gegen Geflüchtete, aber auch gegen Politiker*innen. Die führende AfD-Politikerin Beatrix von Storch spricht von „barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden“ (Stuttgarter Nachrichten 2018), ein Parteikollege behauptet, die Grünenpolitikerin Claudia Roth habe als Stellvertreterin „irrsinnige(r) Willkommenskultur und Multi-Kulti-Ideologie (...) in einem übertragenen (...) Sinne in Köln mittelbar mitvergewaltigt“ (Focus 2016).

Die Unterstellung einer Kausalität zwischen Zuwanderung und Kriminalität ist typisch für die Rhetorik von Rechtsaußenparteien. Durch die Verknüpfung beider Aspekte findet auch eine Art des Otherings statt. Während Recht und Ordnung als typisch für die eigene Gruppe vorausgesetzt werden, erscheinen Zuwandernde als potenziell bedrohlich und kriminell. Rassistische Motive werden damit bedient. Im Anschluss an die Bundestagswahl 2017 belegt Kriminalitätsbekämpfung den zweiten Platz der Themen, die AfD-Wähler*innen als „sehr wichtig“ für ihre Wahlentscheidung nannten (vgl. tagesschau/ infratest 2017)⁷. In den Augen vieler Lega-Wähler*innen stellt Immigration seit Jahrzehnten eines der wichtigsten Themen dar, ihre Einschätzung der Bedeutung überstieg dabei lange Zeit sogar die anderer italienischer Mitte-Rechts- und Rechtsaußenwähler*innen. Wichtiger als die tatsächliche Anzahl krimineller Vorfälle erweist sich auch in diesem Fall die subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und die Betonung von Kriminalität in der Anti-Zuwanderungsrhetorik der Lega (vgl. Abbondanza/Bailo 2018: 388 f., 399).

*H2b: Ablehnung von Immigration aufgrund rassistischer Stereotype ist bei Unterstützer*innen von Rechtsaußenparteien häufiger anzutreffen als bei Unterstützer*innen anderer Parteien.*

4.3 Politikverdrossenheitsthese

In der Rhetorik von Rechtsaußenparteien spielt der angeblich schlechte Zustand der Demokratie häufig eine Rolle. Dabei wird oft auf den Unterschied einer vermeintlich idealen

⁷ Platz 1-3: Terrorismusbekämpfung (69 %), Kriminalitätsbekämpfung (61 %), Zuwanderung von Flüchtlingen (60 %)

direkten Demokratie und den angeblichen Unzulänglichkeiten der repräsentativen Demokratie verwiesen. Begleitet wird der Hinweis von Forderungen nach mehr direkter Demokratie z.B. in Form von Referenda, um Bürger*innen „ihre Stimme zurückzugeben“. In der Tat ist im Vergleich mit Wähler*innen anderer Parteien die Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie im eigenen Land unter Anhänger*innen von Rechtsaußenparteien besonders groß (vgl. Bowler et. al 2016: 70 f., 77).

Die Demokratieforschung unterscheidet zwischen der Zufriedenheit mit (satisfaction) und der Befürwortung (support) von Demokratie. Globale Umfragen wie die World Values Survey belegen, dass Demokratie weltweit als das beste politische System angesehen wird. Dies sagt jedoch nichts über die Zufriedenheit mit der konkreten Funktionsweise der jeweils nationalen Demokratie aus. Ob ein*e Bürger*in mit der Demokratie im eigenen Land zufrieden ist, scheint stark von der ökonomischen und politischen Performance eines Staates und einer bestimmten Regierung abzuhängen. Allerdings spielt die wirklich messbare Leistung dabei eine deutlich kleinere Rolle als die individuell subjektiv empfundene (vgl. Ferrin 2012: 23).

Nach Max Weber benötigt es zur Unterstützung eines politischen Systems durch die darin lebenden Bürger*innen u. a. den Glauben an die Legitimität des Systems. Dieser Legitimitäts glauben entstehe u.a. dadurch, dass Bürger*innen sich in den Entscheidungen der politischen Führung repräsentiert und einbezogen fühlen und andererseits mit den Ergebnissen der konkreten Politik (z.B. Gleichheit vor dem Gesetz, etc.) zufrieden sind (vgl. Kriesi 2013 in Bezug auf Max Weber, Jürgen Habermas: 613 f.). Colin Crouch argumentiert, eben dieses Gefühl der Repräsentation gehe im Zuge sogenannter postdemokratischer Entwicklungen immer mehr verloren. Lobbyismus und der zunehmende politische Einfluss ökonomischer Akteur*innen führten zu dem Eindruck, Parteien seien vielmehr der Wirtschaft als der Zivilgesellschaft verpflichtet. Durch die Rückkoppelung nationaler Politik an supranationale Institutionen (EU, UNO, WHO) und deren Gesetze und Abkommen wirken politische Maßnahmen darüber hinaus weniger an den Bedürfnissen der nationalen Wählerschaft ausgerichtet (vgl. Crouch 2021: 18-71). Die simple „wir hier unten“ gegen „die da oben“ Rhetorik vieler Parteien am rechten (aber auch am linken) Rand werde dadurch immer wirkmächtiger (vgl. Rippl/ Seipel 2018: 241).

In Italien liegt die Unzufriedenheit mit dem politischen System seit Jahrzehnten bei Werten von über 50 % und übersteigt andere europäische Staaten bei weitem. Dabei ist es nicht die Demokratie selbst, sondern ihr Zustand, der für Unwohlsein sorgt. Ursprünge dieses im europäischen Vergleich außergewöhnlichen Phänomens werden u.a. bis zur italienischen Einigung und der Zeit des Faschismus zurückgeführt. Beide Phasen seien bereits von einem historisch hohen Misstrauen in Institutionen geprägt gewesen (vgl. Vercesi 2021: 5). Stärker im Gedächtnis sind vielen Italiener*innen die parteiübergreifenden Korruptionsskandale der 90er Jahre, die zu einem Zusammenbruch des damaligen Parteiensystems führten (vgl. Martini/ Quaranta 2014: 32). Die Jahre vor der Wahl 2018 waren von vielen Wechseln des politischen Führungspersonals und Umbrüchen innerhalb der Regierung begleitet. So wechselte in der Legislaturperiode 2013-2018 dreimal der Premierminister. Eine große Verfassungsreform sorgte zunächst bei der Ausarbeitung für Spannungen und wurde 2016 in einem Referendum abgelehnt, was den Rücktritt des damaligen Premierministers Matteo Renzi zur Folge hatte (vgl. Giuliani 2022: 6). Der im Kontext Italiens oft verwendete Begriff der Antipolitik ist unter anderem seit jeher ein besonderes Kennzeichen der italienischen Rechtsaußen-, sowie auch bereits der Mitte-Rechtsparteien unter Berlusconi, deren Rhetorik nicht nur antipolitisch, sondern auch antiparteilich ist (vgl. Mete 2010: 44 ff.). Laut Basile und Borri spielen ein Vertrauensverlust und die Unzufriedenheit mit der europäischen und italienischen Demokratie für die Wähler*innen der italienischen Wahlgewinner 2017 – Movimento 5 Stelle und Lega – eine große Rolle. Weiter verbreitet seien beide Aspekte jedoch in der Wählerschaft der Lega (vgl. ebd. 2018: 7 f.).

Schulte-Cloos und Leininger glauben, Politikverdrossenheit und Systemunzufriedenheit seien in Deutschland ebenfalls lange vor Entstehung der AfD verbreitet gewesen. Den hohen Anteil langjähriger Nichtwähler*innen in der Wählerschaft der AfD sehen sie als Beleg dafür, dass die Partei entsprechende Ressentiments als erste politisch nutzbar machen konnte. Ihre Untersuchungen konnten den positiven Effekt einer höheren Wahlbeteiligung auf die Ergebnisse der AfD besonders in solchen Gemeinden feststellen, in denen die Politikverdrossenheit bereits seit Jahren als hoch galt (vgl. 2022: 439). Was den Zustand der Demokratie konkret betrifft, so empfinden nur 40 % der AfD-Wähler*innen Deutschland als demokratisch (vgl. Hillje et al. 2018: 6).

*H3: Politikverdrossenheit ist unter Anhänger*innen von Rechtsaußenparteien weiter verbreitet als bei Befürworter*innen anderer Parteien.*

5 Forschungsdesign

5.1 Untersuchungseinheiten: Länder, Zeitraum, Parteien

Die unter 4. vorgestellten Hypothesen werden in den Ländern Italien und Deutschland anhand der Parteien Lega und AfD zum Zeitpunkt der deutschen Bundestagswahlen 2017 und der italienischen Parlamentswahlen 2018 getestet. Der Beginn des Anstiegs der Popularität von Rechtsaußenparteien wird häufig mit der Finanzkrise 2007/ 2008 in Verbindung gebracht. Als zentral für den Erfolg werden darüber hinaus die Migrationsbewegungen von 2015 erachtet. Die Wahl des Untersuchungszeitpunkts erlaubt es, sowohl Zusammenhänge mit den Folgen der Wirtschaftskrisen 2008-2013 (Finanzkrise, Eurokrise) als auch denen der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 herzustellen. Die beiden Untersuchungsräume wurden aus mehreren Gründen gewählt. Es handelt sich in beiden Fällen um zwei westeuropäische Staaten, die nicht erst seit Zusammenbruch des eisernen Vorhangs durch freie Marktwirtschaft und Demokratie gekennzeichnet sind. Als Geburtsländer des europäischen Faschismus unterliegen rechtsextreme und rechtsradikale Bewegungen in beiden Ländern darüber hinaus einem besonderen internationalen Augenmerk. Ebenfalls gemeinsam ist, dass das politische System in beiden Ländern vom Gegensatz eines rechten und eines linken Lagers gekennzeichnet ist, mit jeweils großen Mitte-links bzw. Mitte-rechts Parteien, die die jeweiligen Pole vertreten (vgl. Vecchione et al. 2011 :738).

Für die Analyse der Situation in Deutschland wird die AfD als Rechtsaußenpartei untersucht. Neben ihr gibt es offen rechtsextreme oder rechtsradikale Parteien, die meist jedoch nur auf kommunaler oder Landesebene von Bedeutung sind. Ausnahmen sind der III. Weg (geg. 2013), die Rechte (geg. 2012) und die NPD, die allerdings große Wähleranteile an die AfD verlor (vgl. Richter/ Bösch 2017: 42; Schedler 2021). Die Alternative für Deutschland gründete sich 2013 als Reaktion auf den Eurorettungsschirm, nachdem in den Jahren zuvor verschiedene Bürgerbewegungen mit rechtskonservativen Inhalten der Parteigründung vorausgegangen waren (vgl. Bebnowski 2015: 19-30). Sie fällt von Beginn an auch mit fremdenfeindlichen und

rassistischen Aussagen gegenüber Migranten*innen und rechtskonservativen Positionen auf, betont aber in den Anfangsjahren ihren wirtschaftsliberalen, brüsselkritischen Kern. 2015 verlässt Gründungsmitglied Bernd Lucke die AfD, die Partei rückt in der Folge weiter nach rechts.

Als Pendant zur AfD wird die italienische Lega untersucht. Auch in Italien gibt es Kleinparteien, die ihre Verortung im Rechtsextremismus und Neofaschismus offen zur Schau stellen, wie CasaPound und Forza Nuova. Bedeutend sind mittlerweile außerdem die Fratelli d'Italia, die bei den Parlamentswahlen 2022 stärkste Kraft in Italien wurden. Die Lega, seit den 80er Jahren als rechtskonservative Partei Teil der italienischen Parteienlandschaft, verändert ebenfalls nach der Finanzkrise ihr Profil. Ausgerechnet Lega-Gründer Umberto Bossi und seine Familie waren 2012 in einen Veruntreuungsskandal verwickelt – nachdem seine Partei jahrelang behauptet hatte, norditalienische Gelder würden in Rom und Süditalien „versickern“ (vgl. dpa/Reuters 2012). 2013 löst Matteo Salvini ihn als Vorsitzenden ab und die Lega entwickelt sich von der Regionalpartei zum nationalen Player. Bis dahin liegt einer der Programmschwerpunkte der Lega (damals noch Lega Nord) auf der Errichtung eines norditalienischen Staates Padania, der den industriell starken Norden vom wirtschaftlich schwachen Süden und von Rom als angeblich korrupter Hauptstadt trennen soll. Salvini schlägt zu Beginn scharfe euroskeptische Töne an. Statt Rom wird Brüssel zum neuen politischen Sündenbock und auch Zuwanderung wird zunehmend ein Thema, das nicht nur den Norden, sondern ganz Italien mobilisieren kann (vgl. Brunazzo/ Gilbert 2017: 631 ff.). Der neue Slogan heißt „Italiener*innen zuerst“ und noch vor der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 fällt Salvini mit rassistischen Aussagen auf.⁸

Sowohl Lega als auch AfD schaffen es, sich in der Folge der wirtschaftlichen Krisen bei einer breiteren Wählerschaft zu etablieren. Noch größerer Erfolg stellt sich bei beiden Parteien durch ihre Instrumentalisierung der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 ein. Erklären lässt sich dies anhand verschiedener Theorien, wie z.B. des *issue voting*. Demnach orientieren Wähler*innen sich ungeachtet ihrer üblichen Parteibindung an bestimmten Sachfragen (*issues*), die sie für besonders wichtig erachten. Die Partei, die in den entsprechenden Themenbereichen in den Augen der Wähler*innen am kompetentesten wirkt (die sogenannte *issue ownership* hat), profitiert davon, wenn diese Sachfrage Aufmerksamkeit erfährt (vgl. Faas/

⁸ 2009 schlug Matteo Salvini beispielsweise vor, in der Mailänder U-Bahn getrennte Wagons für Immigrant*innen und Italiener*innen einzuführen (vgl. Der Standard 2009).

Leininger 2020: 504). Entscheidend ist dabei, ob und in welchem Ausmaß ein Sachverhalt salient ist und ob Wähler*innen davon persönlich emotional berührt sind (vgl. Fournier et al. 2003: 53 ff., 63). Zuwanderung ist zum Untersuchungszeitraum sowohl in Italien als auch in Deutschland stark öffentlich präsent. Zum ersten Mal seit den 90er Jahren überholt in Deutschland „Ausländer (sic)“ in den Augen der Bürger*innen „Arbeitslosigkeit“ als wichtigstes Thema der Nation (vgl. Faas/ Leininger 2020: 510). Magistro und Wittstock können nachweisen, dass die Bedeutung von Immigration in der Wahrnehmung der italienischen Bürger*innen in den Jahren vor den Parlamentswahlen 2018 schwankt. Nachdem 2006 bereits 13 % der Italiener*innen das Thema als wichtig oder sehr wichtig erachten, fällt der Wert während der Eurokrise 2013 auf 2 % und steigt 2018 auf 23 % an (vgl. Magistro/ Wittstock 2020:18). Emotionalisiert und polarisiert wird das Thema in beiden Ländern vor allem von den Rechtsaußenparteien (vgl. Hutterer/ Kriesi 2022).

Die Lega betreibt in dieser Zeit unter dem neuen Vorsitzenden Matteo Salvini eine Art inhaltliche Neuausrichtung und nimmt thematisch zunehmend Immigration, Terrorismus und Sicherheit in den Fokus. Contentanalysen der Facebookbeiträge der Partei zeigen, wie in den Jahren vor 2018 Immigration, Sicherheit und Terrorismus spezifisch norditalienische Themen ablösen (vgl. ebd. 9). Besonders Salvini selbst bedient sich dabei rassistischer Stereotype, die Ängste heraufbeschwören und auf Verschwörungsmymen wie den großen Austausch anspielen. Ein Wahlplakat der Lega von 2018 wirbt mit dem Slogan „Stop Invasione“ (eigene Übersetzung: Stoppt die Invasion) (vgl. Pozzoni 2019).

In Deutschland nimmt die AfD eine ähnliche Rolle in der Debatte ein. Auch hier verschiebt sich der Fokus nach 2013 von wirtschaftspolitischen und euroskeptischen Inhalten immer weiter zu einem Anti-Migrationsschwerpunkt. 2015 positioniert sich die Partei insbesondere gegen die Zuwanderungspolitik von Angela Merkel und betont ähnlich wie die Lega Narrative von „Überfremdung“ und Bedrohung (vgl. Chase/ Goldenberg 2019). Die damalige Vorsitzende Frauke Petry und die führende AfD-Politikerin Beatrix v. Storch diskutieren den Gebrauch der Schusswaffe im Einsatz gegen Geflüchtete an den deutschen Grenzen (vgl. Stern 2016; Spiegel 2016). Für die AfD spielen digitale Medien ebenfalls eine große Rolle, sowohl bei der Verbreitung fremdenfeindlicher als auch von Anti-Establishment Inhalten (vgl. Medina Serrano et al. 2019: 222).

Beiden Parteien gemeinsam ist der Rückgriff auf demokratiefeindliche und Anti-Establishment Rhetorik. Dies betrifft sowohl Kritik an Institutionen der EU als auch Angriffe auf die nationalen Regierungen. In Bezug auf Angela Merkel sprechen AfD-Vertreter*innen von einer „Herrschaft der Willkür und des Unrechts“, sie handele wie eine „diktatorische Kanzlerin“ und halte sich nicht an „Recht und Gesetz“ (vgl. tagesschau 2018). In beiden Ländern spielt die Nutzung sozialer Medien und die Diskreditierung anderer Medien als Lügenpresse oder Fake News eine große Rolle. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf das Verhältnis zur Demokratie, wie Decker et al. bekräftigen: „(...) wer der medialen Öffentlichkeit nicht traut, ist auch mit der Demokratie nicht zufrieden.“ (2017: 29).

Als Rechtsaußen-, aber nicht offen rechtsextreme Parteien reihen AfD und Lega sich europa- und weltweit in die Gruppe jener Parteien ein, die in den letzten Jahren verhältnismäßig große Wählerpotenziale am rechten Rand mobilisieren konnten. Sie sind gekennzeichnet von rechtspopulistischer Rhetorik und weisen Nähe zum Extremismus auf, bewegen sich aber – zumindest oberflächlich – noch in einem demokratischen Rahmen. Dies lässt sie auch für gemäßigtere Wählergruppen attraktiv erscheinen.

5.2 Daten

Zur Prüfung der hier untersuchten Hypothesen wird eine Sekundäranalyse mit Individualdaten durchgeführt. Die European Values Study (EVS) erfüllt dabei die passenden Voraussetzungen. Die EVS wird seit 1981 trans-national in 47 europäischen Ländern durchgeführt und befragte seither in mittlerweile fünf Erhebungswellen jeweils ca. 70.000 Menschen. Mit Fragen zu Religion, Arbeit, Politik, Gesellschaft, etc. ermöglicht sie dabei ein Stimmungsbild über Wertvorstellungen, Meinungen und die Einstellungen zu bestimmten Themen. Für die vorliegende Arbeit wurden die Daten der letzten Erhebungswelle ab 2017 verwendet, die insbesondere den Transformationen durch die wirtschaftliche Krisenzeit um 2010 und den Herausforderungen im Rahmen der großen Migrationsbewegungen um 2015 Rechnung tragen soll. Damit werden die für diese Arbeit als zentral erachteten Krisenereignisse besonders berücksichtigt. In Deutschland und Italien wurden bei der Erhebungswelle 2017 insgesamt 2.170 deutsche bzw.

2.277 italienische Bürger*innen befragt. Da den europaweiten Erhebungen ein Fragebogen mit identischen Formulierungen zugrunde liegt, weisen die verwendeten Daten für Deutschland und Italien maximale Vergleichbarkeit auf. Ebenfalls liegen die Erhebungswellen möglichst nah am Untersuchungszeitpunkt der jeweiligen Wahlen. Der deutsche Bundestag wurde im September 2017 gewählt, erhoben wurde von Oktober 2017 bis November 2018. Die Italiener*innen wählten ihr Parlament im März 2018 und wurden von September 2018 bis Januar 2019 befragt (vgl. EVS 2022: 10).

5.3 Variablen

5.3.1 Parteiidentifikation

Um den Motiven der Unterstützer*innen von Rechtsaußenparteien näher zu kommen, liegt der erste Schritt darin, diese Gruppe zu ermitteln. Es gilt also die Parteiidentifikation der einzelnen Befragten herauszufinden. Diese muss dabei nicht zwingend mit der Wahlentscheidung einer Person übereinstimmen. So ist es durchaus denkbar, sich prinzipiell einer bestimmten Partei nahe zu fühlen, bei Wahlen aus strategischen Gründen oder aktuellem politischen Anlass aber dennoch für eine andere Partei zu stimmen, wie es beispielsweise in den USA häufig der Fall ist (vgl. Dalton 2021: 2ff.). Tatsächlich trifft dies in Europa jedoch deutlich seltener zu und so geht man davon aus, dass hier die präferierte Partei in der Regel auch gewählt wird (vgl. Berglund et. al 2005: 106). Sowohl die konkrete Wahlentscheidung als auch die Parteiidentifikation sind dynamisch und können sich über die Jahre verändern. In Zeiten zurückgehender Parteimitgliedschaften und schwindender langfristiger Parteibindung aufgrund sozioökonomischer Faktoren wie Klasse, Religionsgemeinschaft oder Berufsgruppe bietet die Parteiidentifikation ein Analyseinstrument, um politische Stimmungen zu erfassen (vgl. ebd.: 109). Die im Rahmen einer Datenerhebung eruierte Parteipräferenz gibt daher immer Aufschluss über die politische Haltung der Befragten zum Zeitraum der Erhebung. Laut Berglund et.al können Schwankungen der Parteiidentifikation von verschiedenen Faktoren verursacht sein. So steigt die Anzahl derer, die sich mit einer bestimmten Partei identifizieren mit dem Grad der Polarisierung der Parteienlandschaft, eine Tendenz, die während des Untersuchungszeitraumes 2017/2018 unweigerlich vonstatten ging (z.B. durch die Erweiterung nach rechts des deutschen Parteienspektrums durch die AfD). Eine weitere These besagt, die Parteiidentifikation erlaube unter anderem Rückschlüsse auf die Zufriedenheit mit der Leistung

der Parteien in der Vergangenheit (vgl. ebd.: 116). Auch dieser Aspekt ist unter Berücksichtigung des zeitlichen Kontexts der Untersuchung wichtig, da die Parteien in den Jahren vor der Erhebung mit mehreren Krisen konfrontiert waren. In der European Values Study wird die Parteiidentifikation mit der Frage „Welcher Partei fühlen Sie sich am nächsten?“ erhoben. Da in der EVS keine Abfrage der Wahlentscheidung im Stil der Sonntagsfrage vorgenommen wird und die konkrete Wahlentscheidung bei den vorangegangenen nationalen Wahlen in Italien und Deutschland ebenfalls nicht abgefragt wird, kann im hier verwendeten Datensatz die tatsächliche individuelle Wahlentscheidung nicht zum Vergleich mit der Parteiidentifikation herangezogen werden. Die Identifikation mit einer Partei kann jedoch als zuverlässiger im Hinblick auf die politische Haltung einer Person erachtet werden, als die konkrete Entscheidung, eine Partei zu wählen.

5.3.2 Ökonomische Situation, Einstellung zu Immigration, Politikverdrossenheit

Zur Testung der Modernisierungsverliererthese (H1), wird untersucht, ob die Befragten in den Jahren nach Finanz- und Eurokrise ökonomische Notlagen erlebt haben. Um dies festzustellen, wird überprüft, wie die Befürworter*innen von Lega und AfD folgende Fragen der European Values Study beantworten:

H1:

- *Während der letzten fünf Jahre, waren Sie da einmal länger als drei Monate am Stück arbeitslos?*
- *Während der letzten fünf Jahre, haben Sie da Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II ("Hartz IV") bezogen? (Deutschland)*

Bzw.

- *Während der letzten fünf Jahre, gab es da Zeiträume, in denen Sie auf bestimmte soziale Dienste und Leistungen angewiesen waren? ⁹ (Italien)*

⁹ Aufgrund der unterschiedlichen staatlichen Versorgungssysteme in Deutschland und Italien unterscheidet sich der Wortlaut der Frage in den beiden jeweiligen Fragebögen. Während in der deutschen Version konkret auf bestimmte Arten der Sozialleistung hingewiesen ist, ist die Formulierung auf Italienisch vage gehalten.

Zur Überprüfung von H2a und H2b wird herangezogen, inwiefern die Befragten bestimmten Aussagen in Bezug auf Zuwanderung zustimmen oder sie diese ablehnen. Dabei wird für H2a eine Behauptung betrachtet, die ökonomische Ängste als Ursache für Xenophobie vermuten lassen kann. Um H2b zu testen, wird untersucht, inwiefern die Befragten einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Zuwanderung herstellen, was auf rassistische Vorurteile schließen lässt.

H2a:

- *Ausländer*innen nehmen Deutschen/Italiener*innen die Arbeitsplätze weg.*

H2b:

- *Ausländer*innen verschärfen Kriminalitätsprobleme.*

Die These, Rechtsaußensympathisant*innen seien politikverdrossener als die Unterstützer*innen anderer Parteien, soll anhand folgender Fragen untersucht werden:

H3:

- *(Und) Was meinen Sie, wie demokratisch wird Deutschland/Italien heutzutage regiert?*
- *Wie zufrieden sind Sie damit, wie das politische System in Deutschland/Italien heutzutage funktioniert?*

5.4 Methode

Alle drei formulierten Thesen gehen davon aus, dass sich tendenziell extreme Haltungen zu bestimmten Sachfragen mit der Nähe zu Rechtsaußenparteien überschneiden. Damit geht dementsprechend die Erwartung einher, Sympathisant*innen von Rechtsaußenparteien positionierten sich bei konkreten Themen anders als die Anhänger*innen anderer Parteien. Um dies zu überprüfen, werden zwei Gruppen miteinander verglichen: die Befürworter*innen von Lega und AfD und all jene, die nicht der Rechtsaußenpartei nahe stehen. Um die in der vorliegenden Arbeit formulierten Hypothesen bestätigen zu können, soll festgestellt werden, ob und inwiefern die Stichproben sich unterscheiden. Dies wird mit einer Reihe von Zweistichproben t-Tests überprüft. Dabei werden die Mittelwerte der beiden voneinander

unabhängigen Stichproben miteinander verglichen. Eine Voraussetzung des t-Tests ist die Varianzhomogenität der zur Testung herangezogenen Variablen in beiden Stichproben. Da diese nicht bei allen verwendeten Variablen gegeben ist, wird in den betreffenden Fällen auf einen t-Test nach Satterthwaite zurückgegriffen. Anschließend werden die Unterschiede der jeweiligen Mittelwerte auf Signifikanz untersucht. Als Signifikanzniveau wird $\alpha = 0,05$ verwendet.

Da die Daten der European Values Study in Likert-Skalen von 1-10 erfasst sind, können die Antworten folgendermaßen interpretiert werden. Werte zwischen 1-5 bzw. 6-10 werden als tendenzielle Zustimmung bzw. Ablehnung einer Aussage unterschiedlicher Ausprägung gewertet. Personen, die sich in der Mitte einordnen, haben also möglicherweise keine oder zumindest keine besonders ausgeprägte Haltung zum Thema. Man nimmt an, dass mittlere Werte auch Ausdruck von Indifferenz bzw. Unentschlossenheit und Ambivalenz sein können, weshalb sie in der Literatur als „face-saving-don't knows“ bezeichnet werden (vgl. Menold/Bogner 2015: 5-6). Die verwendete Likert-Skala von 1-10 besitzt keinen eindeutigen Mittelwert. Antworten zwischen 5 und 6 können zwar dennoch als neutraler angesehen werden, geben jedoch immer einen Hinweis auf die Tendenz der Befragten.

6 Ergebnisse

Im Folgenden werden die einzelnen Variablen beschrieben. Dabei wird zunächst die Gesamtheit der jeweils deutschen bzw. italienischen Stichprobe betrachtet. Die Ergebnisse beziehen sich also auf alle Befragten der beiden Länder, unabhängig davon, welcher Partei sie nahe stehen. So soll in einem ersten Schritt ersichtlich werden, inwiefern bestimmte Haltungen in den jeweiligen Gesellschaften verbreitet sind. In welchem Ausmaß sich die Befürworter*innen von Lega und AfD von denen anderer Parteien unterscheiden, wird in einem weiteren Schritt in Kapitel 7 untersucht.

6.1 Parteiidentifikation

Zunächst werden die unterschiedlichen Parteipräferenzen in den jeweiligen Ländern betrachtet. Von Interesse sind dabei vor allem die Gruppen der Befürworter*innen der beiden

Rechtsaußenparteien AfD und Lega. In Deutschland geben 6, 19 % der Befragten an, der AfD nahe zu stehen. In Italien ist für 14, 08 % die Lega die Partei, der sie am nächsten stehen.¹⁰

Partei	Prozent
CDU	35, 95 %
SPD	23, 84 %
FDP	6, 93 %
Die Grünen	15, 47 %
Die Linke	8, 42 %
AfD	6, 19 %
Sonstige	3, 21 %
Partito Comunista	2, 81 %
Liberi e Uguali	2, 38 %
Partito Democratico	15, 78 %
Movimenti 5 Stelle	19, 11 %
Forza Italia	7, 73 %
Lega	14, 08 %
Fratelli d'Italia, CasaPound Italia, Italia agli Italiani	2, 96 %
Sonstige	4, 66 %
Keiner Partei nahestehend	30, 49 %

Tab. 1 Parteiidentifikation

Welcher politischen Partei stehen Sie am nächsten? (Quelle: European Values Study 2017)

Die Lega nimmt im italienischen Parteienspektrum nicht den äußersten rechten Platz ein. Wie

¹⁰ Vergleicht man die Angaben der Befragten mit den Ergebnissen der jeweiligen Parlamentswahlen, scheint vor allem in Deutschland ein großer Unterschied zwischen der angegebenen Parteiidentifikation und der Wahlentscheidung vorzuliegen. So gaben bei der Befragung zu Beginn 2018 nur 6,19 % an, der AfD nahe zu stehen. Mehr als doppelt so viele Menschen (12, 6 %) hatten die Partei im September 2017 jedoch gewählt (vgl. infratest dimap 2017). In Italien fällt die Differenz deutlich kleiner aus. Das Wahlergebnis der Lega lag bei 17, 35 %, das Bekenntnis zur Partei in der European Values Study bei 14, 08 % (vgl. statista 2018).

Eine mögliche Erklärung für den Unterschied zwischen den Ländern könnte sein, dass offen eingestandene Nähe zur AfD zum Zeitpunkt der Erhebung in Deutschland noch eher tabuisiert war, die Befragten somit aufgrund von sozialer Erwünschtheit ihre Sympathie mit der Partei verschwiegen. In der italienischen Parteienlandschaft ist die Lega (Nord) seit Jahrzehnten vertreten. Vor allem in den Regionen Norditaliens, als deren Führsprecherin die Partei sich lange Zeit positionierte, dürfte es daher eine etablierte Anhängerschaft geben, die auch öffentlich zur Lega steht. Weitere Gründe könnten in der Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft zu finden sein, z.B. durch Protestwähler*innen.

in Tabelle 1 erkennbar, bekräftigen knapp 3 % der italienischen Befragten ihre Unterstützung für rechtsextreme und teils neofaschistische Parteien, darunter auch die Partei Fratelli d'Italia der derzeitigen italienischen Premierministerin (2, 59 %). Zum Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit bietet die Lega trotzdem das passendste Untersuchungsäquivalent zur AfD. Zum einen ist die politische Relevanz der Lega zur Zeit der Analyse höher als die der Fratelli d'Italia, zum andern ähneln sich die Parteiprofile von AfD und Lega stärker (mehr dazu in Kapitel 7).

Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass ein großer Anteil der italienischen Befragten (30, 49 %) angibt, überhaupt keiner Partei – weder den zur Auswahl stehenden noch einer sonstigen - nahezustehen. Auch im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern liegt der Wert auffällig hoch (Frankreich: 23,05 %, Großbritannien: 13,76 %, Spanien: 3,27 %, Österreich: 14,24 %). In der deutschen Stichprobe wurden diejenigen, die angaben, keiner Partei nahezustehen, in der Antwortkategorie „Sonstige“ miteingefasst. Somit kann diese Gruppe leider nicht gesondert betrachtet und länderübergreifend verglichen werden. Mit 3, 21 % ist der Prozentsatz der Kategorie „Sonstige“ der deutschen Befragten jedoch sehr niedrig, wodurch auch die Anzahl derer, die mit keiner der angegebenen Partei sympathisieren, relativ gering sein dürfte (vgl. Tabelle 1).

6.2 Ökonomische Situation

Um das Ausmaß ökonomischer Unsicherheit unter den Befragten einschätzen zu können, wird die Variable Arbeitslosigkeit herangezogen. Die European Values Study erhebt, ob Befragte in den vergangenen fünf Jahren für einen mehr als drei Monate andauernden Zeitraum von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Abgedeckt werden somit die Jahre zwischen 2013 und 2018. Es zeigt sich, dass in Italien in dieser Phase 18, 18 % der Befragten ihren Arbeitsplatz verloren, deutlich mehr als in Deutschland (11, 53 %) (vgl. Tab. 2). In der Tat erlebt Italien nach 2007 einen drastischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen bis zu einem Höchststand von 12,79 % im Jahr 2013. Im Jahr der Wahlen 2018 liegt der Wert immerhin noch bei 11,3 % (vgl. Statista 2023). In Deutschland liegt die Arbeitslosenquote im Wahljahr 2017 bei 5,7 % (vgl. bpb 2023).

Allerdings liegt der Wert der Befragten, die in den fünf Jahren vor der Erhebung der EVS¹¹ Sozialleistungen erhielten, in Deutschland doppelt so hoch wie in Italien. Bestimmte Arten des Arbeitslosengeldes (wie etwa Arbeitslosengeld I in Deutschland), Leistungen bei Berufsunfähigkeit oder Renten sind damit jedoch nicht gemeint. Bezieher*innen dieser Leistungen fallen folglich nicht in die Kategorie „Sozialleistungsempfänger*in“. In den offiziellen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit gelten nicht automatisch alle Bezieher*innen von ALG II (Hartz-IV/ Bürgergeld) als arbeitslos. Verschiedene Personengruppen, wie beispielsweise 1-Euro-Jobber*innen, Bezieher*innen von Hartz-IV in Ausbildung oder Studium sowie eine Reihe anderer Kategorien sind aus der offiziellen Berechnung der Arbeitslosenzahlen ausgenommen (vgl. Rose 2023). Es lässt sich an dieser Stelle leider nicht nachvollziehen, ob die im Rahmen der EVS befragten Deutschen, die irgendeine Art von staatlicher Leistung erhielten, sich selbst im Rahmen der Befragung auch als arbeitslos einordneten oder nicht.

Arbeitslosigkeit (> als 3 Monate) in den letzten fünf Jahren	Ja	Nein
Deutschland	11,53 %	88,47 %
Italien	18, 18 %	81, 82 %
Gesamt	14, 94 %	85, 06 %

Tab. 2 Erfahrung von Arbeitslosigkeit

Waren Sie innerhalb der vergangenen fünf Jahre mehr als drei Monate arbeitslos?

(Quelle: European Values Study 2017)

Um die Stimmung bzgl. ökonomischer Sorgen noch besser einschätzen zu können, geben Daten des Eurobarometers 2017 weitere Einblicke. Gefragt nach der persönlichen Einschätzung der ökonomischen Situation im Land, beurteilen immerhin 91 % aller Deutschen die Lage als sehr gut oder eher gut (nur 1 % sieht die Lage als sehr schlecht), wohingegen die Werte für Italien genau entgegengesetzt ausfallen. 80 % der befragten Italiener*innen betrachten die wirtschaftliche Lage als eher schlecht oder sehr schlecht, nur 1 % als sehr gut.

Die Unterscheidung zwischen der Einschätzung der allgemeinen im Vergleich zur individuellen Lage zeigt sich bei den italienischen Befragten auch in den weiteren Fragen zu ökonomischen Faktoren. 79 % der deutschen Bürger*innen beurteilen die Arbeitsmarktsituation in Deutschland als sehr bzw. eher gut, 72 % betrachten auch ihre persönliche Jobsituation so. Dahingegen

¹¹ European Values Study

sieht mit 83 % eine überwältigende Mehrheit der Italiener*innen die allgemeine Erwerbslage als eher bis sehr schlecht, 16 % als eher gut und nur 1 % als sehr gut. Anders verhält es sich mit der persönlichen Arbeitsplatzsituation. Hier empfinden immerhin 54 % der Italiener*innen die Lage als eher bis sehr gut. Trotz einer – wenn auch nicht grenzenlos positiven – doch moderaten Beurteilung der eigenen Lage, scheint die Wahrnehmung der nationalen Situation in Italien desaströs. Die wirtschaftliche Instabilität Italiens zur Zeit der Parlamentswahlen 2018 wird in der Literatur immer wieder als ein entscheidender Faktor des Wahlausgangs herangezogen. Mit 42 % war Arbeitslosigkeit für die italienischen Befragten das wichtigste Thema des Landes, in Deutschland gaben diese Einschätzung nur 7 % der Befragten ab (vgl. Standard Eurobarometer 2018).

6.3 Einstellung zu Immigration

Neben der wirtschaftlichen Lage gilt für den Ausgang der italienischen Parlamentswahl 2018 die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 als entscheidend (vgl. Giuliani 2022). Auch in Deutschland ist Immigration zum Untersuchungszeitpunkt mit 40 % der Stimmen das wichtigste nationale Thema. In Italien liegt der Wert zwar niedriger (33 %), ist jedoch im Vergleich zu 2013 deutlich angestiegen (vgl. Giuliani 2022:7; Standard Eurobarometer 2018). Im Vergleich zur Wirtschaft ist Zuwanderung nicht zu allen Zeiten als Wahlkampfthema präsent. Darüber, dass wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand erstrebenswert sind, herrscht parteiübergreifend Konsens, wenn auch Uneinigkeit bzgl. des richtigen Wirtschaftssystems besteht. Zuwanderungsdebatten ebbten je nach empfundener Relevanz auf und ab, sind aber meist von stark polarisierten Positionen geprägt (vgl. Faas/ Leininger 2020: 505; Giuliani). Im Nachhall der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 war Immigration zum Zeitpunkt der Untersuchung 2017/ 2018 sowohl in Italien als auch in Deutschland ein hoch politisiertes Thema. Stark vorangetrieben von Rechtaußenparteien, griffen auch gemäßigte Parteien das Thema verstärkt auf (vgl. Hutterer/ Kriesi 2022: 342).

6.3.1 Ressourcenkonflikte und Ablehnung von Zuwanderung

Wie verbreitet sind in Italien und Deutschland fremdenfeindliche Positionen, die auf subjektiv empfundene Ressourcenkonflikte zurückgeführt werden können? Angesprochen auf die Sorge vor Arbeitsplatzverlust durch Zuwanderung unterscheiden sich die Werte der beiden Länder deutlich. In Italien fallen die Antworten sehr polarisiert aus. 15 % der Befragten sind voll und ganz der Meinung, Zuwanderer*innen nähmen italienischen Bürger*innen die Arbeitsplätze weg. Fast genauso viele sind allerdings vom genauen Gegenteil überzeugt. Fast die Hälfte der Antwortenden (45 %) wählt Werte um die Mitte der Skala zwischen vier und sieben und gibt damit nur eine geringe Tendenz in Richtung Zustimmung oder Ablehnung der Aussage zu verstehen (vgl. Abb. 1).

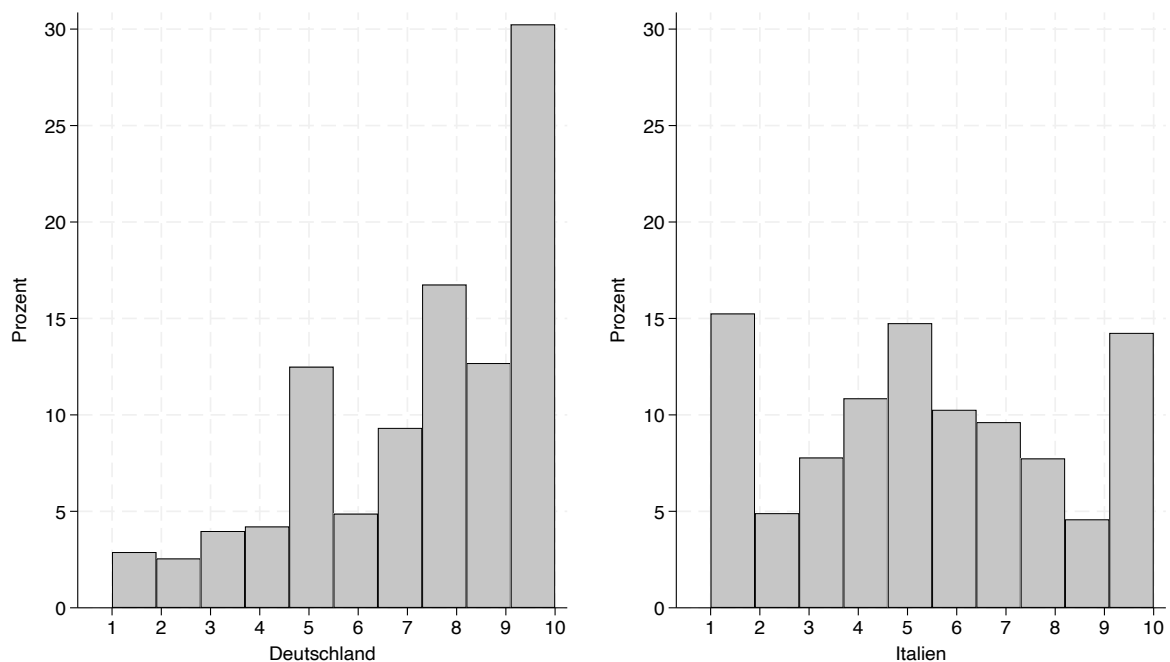


Abb. 1 Zugewanderte als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt

*Ausländer*innen nehmen Deutschen/ Italiener*innen die Arbeitsplätze weg*

1 nehmen sie weg – 10 nehmen sie nicht weg (Quelle: European Values Study 2017)

Unter den deutschen Befragten zeigt sich hingegen eine klare Tendenz. 30,2 % lehnen die These, Zuwandernde würden sie um ihre Arbeitsplätze bringen, voll und ganz ab. Weitere 29,4 % stimmen mit Werten von acht und neun der Aussage ebenfalls sehr eindeutig nicht zu. Nur

2,8 % der Deutschen sind vollumfänglich davon überzeugt, Immigrant*innen seien eine Bedrohung auf dem Arbeitsmarkt.

Der auffällige Unterschied zwischen den Ländern verschwindet hingegen bei der These, Immigrant*innen belasteten die Sozialsysteme der aufnehmenden Länder. Sowohl in Italien als auch in Deutschland stimmt ein Fünftel der Befragten der Aussage vollumfassend zu. Mit Werten von 60,3 % in Deutschland und 52,5 % in Italien positionieren sich in beiden Ländern mehr als die Hälfte der Befragten im Bereich der Zustimmung. Nur 5,7 % der Italiener*innen lehnen es voll und ganz ab, Zuwander*innen als Belastung für das Sozialsystem zu bezeichnen, in Deutschland tun dies 4,3 %.

Deutsche Befragte sorgen sich also eher um den Verlust oder die Kürzung staatlicher Leistungen aufgrund von Zuwanderung, nicht jedoch um ihre Arbeitsplätze. Erinnert man sich an die im Vergleich zu Italien doppelt so hohe Anzahl derer, die in den Jahren vor der Befragung von Sozialleistungen abhängig waren, scheint das Ergebnis nachvollziehbar. Weitere Ursachen für die unterschiedlichen Angaben könnten in den Unterschieden der Leistungen zu finden sein, die Asylsuchende in den jeweiligen Ländern erhalten. Die finanziellen Leistungen in Deutschland liegen höher als in Italien, dafür ist dort der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende leichter (vgl. Hodali/ Prange de Oliveira 2018)¹². In beiden Ländern lässt sich jedoch bestätigen, dass Immigrant*innen als Konkurrenz um Parameter wahrgenommen werden, die für den Wohlstand und die soziale Absicherung der*des Einzelnen von großer Bedeutung sind.

6.3.2 Rassistische Stereotype und Ablehnung von Zuwanderung

Ein von Rechtsaußen häufig gebrauchtes Narrativ im Zusammenhang mit Zuwanderung beschwört Bedrohungslagen durch einen angeblichen Anstieg der Kriminalität im Zusammenhang mit Migration. Sowohl in Deutschland als auch in Italien stimmt ein großer Teil der Befragten der These zu. Dabei sind 28,32 % der Italiener*innen voll davon überzeugt, Immigrant*innen würden Probleme mit Kriminalität verschärfen. Über 75 % stimmen der These insgesamt tendenziell zu und wählen Werte zwischen fünf und zehn. In Deutschland sehen tendenziell 71,25 % einen Zusammenhang zwischen einem Anstieg der Kriminalität und

¹² Stand 2018

Zuwanderung, 16,90 % stimmen der These voll zu. Sowohl in Italien als auch in Deutschland befürchtet eine Mehrheit der Befragten eine Verschärfung der Kriminalität durch Immigration. Rassistische und kulturalisierende Stereotype von Zuwanderung als Gefahr und Immigrant*innen als kriminell scheinen also in beiden Ländern weit verbreitet. Das Ausmaß der Überzeugung ist in Italien dabei ausgeprägter als unter den deutschen Befragten (vgl. Abb. 2).

Furcht vor Kriminalität und einem Verlust von Sicherheit sind ein besonders wichtiger Bestandteil der Angst vor Zuwanderung. Weniger emotional behaftet sind Debatten, die allgemeiner in Bezug auf Kultur geführt werden. Obwohl in der Tendenz sowohl das Beibehalten als auch das Ablegen „eigener Bräuche und Traditionen“ Zugewanderter von jeweils ca. der Hälfte der Deutschen befürwortet wird, zeigen sich 37,14 % der deutschen Befragten eher unentschlossen bzw. gleichgültig.¹³ In Italien finden fast 60 % es zwar eher besser, wenn Immigrant*innen ihre Gewohnheiten nicht beibehalten, jedoch fallen die Antworten auch hier weniger eindeutig aus als beim Thema Kriminalität.

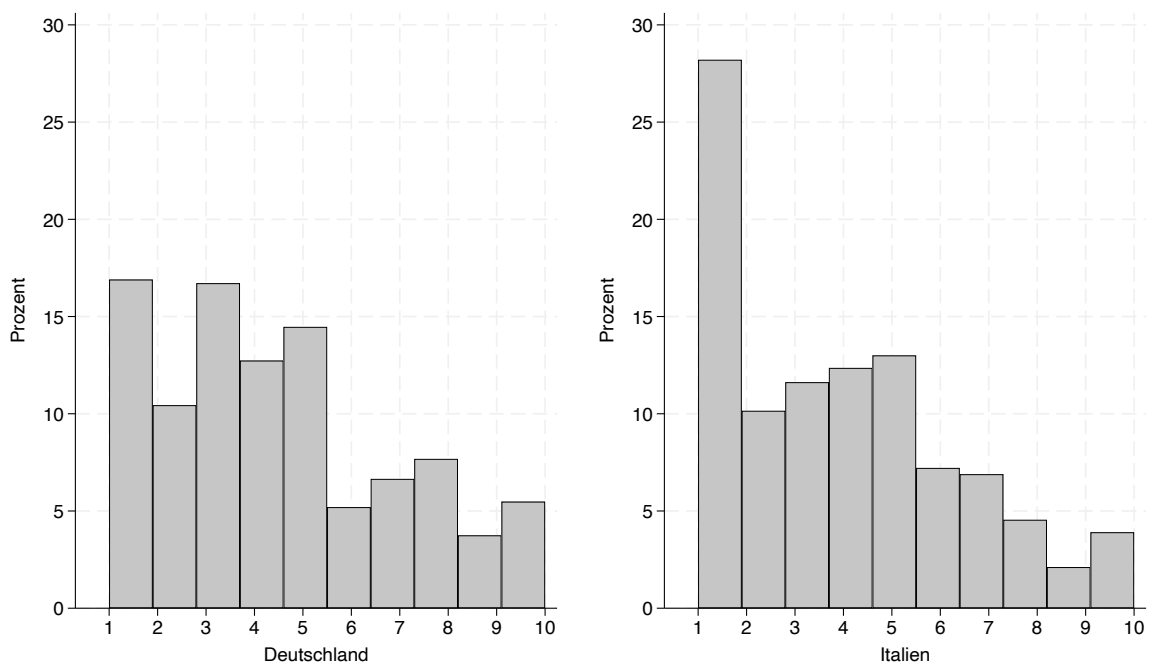


Abb. 2 Subjektiver Zusammenhang Zuwanderung - Kriminalität

*Ausländer*innen verschärfen die Kriminalitätsprobleme*

1 verstärken sie – 10 verstärken sie nicht (Quelle: European Values Study 2017)

¹³ Werte zwischen fünf und sechs auf einer Skala von „1 besser beibehalten“ bis „10 besser nicht beibehalten“

6.4 Politikverdrossenheit

Einer überwältigend großen Mehrheit der Befragten beider Länder ist es sehr wichtig, in einer Demokratie zu leben. Nur 2,3 % der Italiener*innen und 3,4 % der Deutschen ist dies tendenziell nicht wichtig. Das Bekenntnis zur Demokratie an sich steht somit in keinem der beiden Länder zur Debatte.

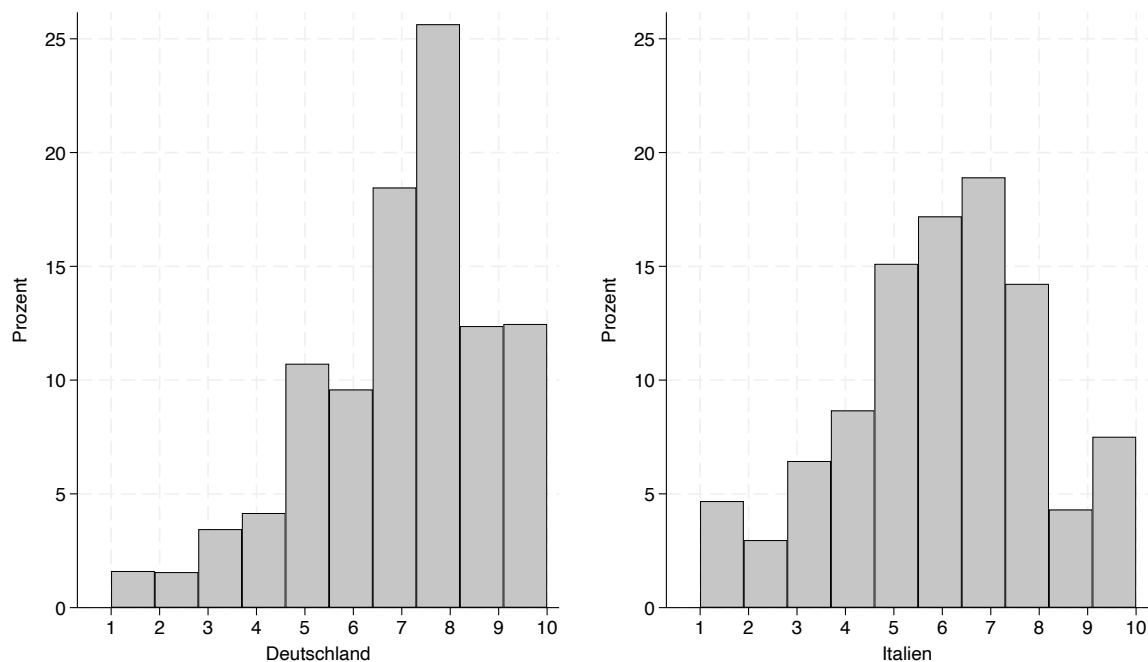


Abb. 3 Demokratieempfinden im eigenen Land

Was meinen Sie, wie demokratisch wird Deutschland/Italien heutzutage regiert?

1 überhaupt nicht demokratisch – 10 vollkommen demokratisch (Quelle: European Values Study 2017)

Bei der konkreten Gestaltung des politischen Systems im eigenen Land gehen die Meinungen jedoch sowohl innerhalb der Länder als auch im Vergleich untereinander stärker auseinander. Nur knapp über 10 % der Deutschen sind der Meinung, Deutschland sei eher nicht demokratisch regiert, ca. 20 % positionieren sich bei neutralen Werten von fünf oder sechs. Eine große Mehrheit der deutschen Befragten (68,93 %) empfindet Deutschland als überwiegend demokratisch regiert (Werte zwischen sieben und zehn). Anders stellt sich die Situation in Italien dar. Weniger als die Hälfte, 45,1 %, würden das Land tendenziell als demokratisch regiert bezeichnen, davon nur 7,37 % als vollkommen demokratisch (vgl. Abb. 3). 22,64 % würden Italien tendenziell nicht als demokratisch beschreiben, davon 4,68 % als

überhaupt nicht demokratisch (Vergleich Deutschland: 1,61 %). 32,26 % legen sich weniger eindeutig fest und verorten sich bei Werten in der Mitte (5-6). Ebenfalls sehr deutlich sind die Unterschiede zwischen den Ländern bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems. Mit 15,36 % sind in Italien fast doppelt so viele Befragte überhaupt nicht mit dem Zustand des politischen Systems zufrieden wie in Deutschland. Vollkommen zufrieden ist jedoch in beiden Ländern nur ein sehr kleiner Teil der Bürger*innen (Italien: 2,65 %; Deutschland: 3,86 %). Insgesamt scheint dennoch die Mehrheit der Italiener*innen mit 58,78 % in der Tendenz unzufrieden mit dem System. Auf die Mehrheit der Deutschen trifft dies nicht zu. Mit 46,23 % stellen die unzufriedenen Befragten zahlenmäßig trotzdem eine nicht gerade kleine Minderheit dar (vgl. Abb. 4).

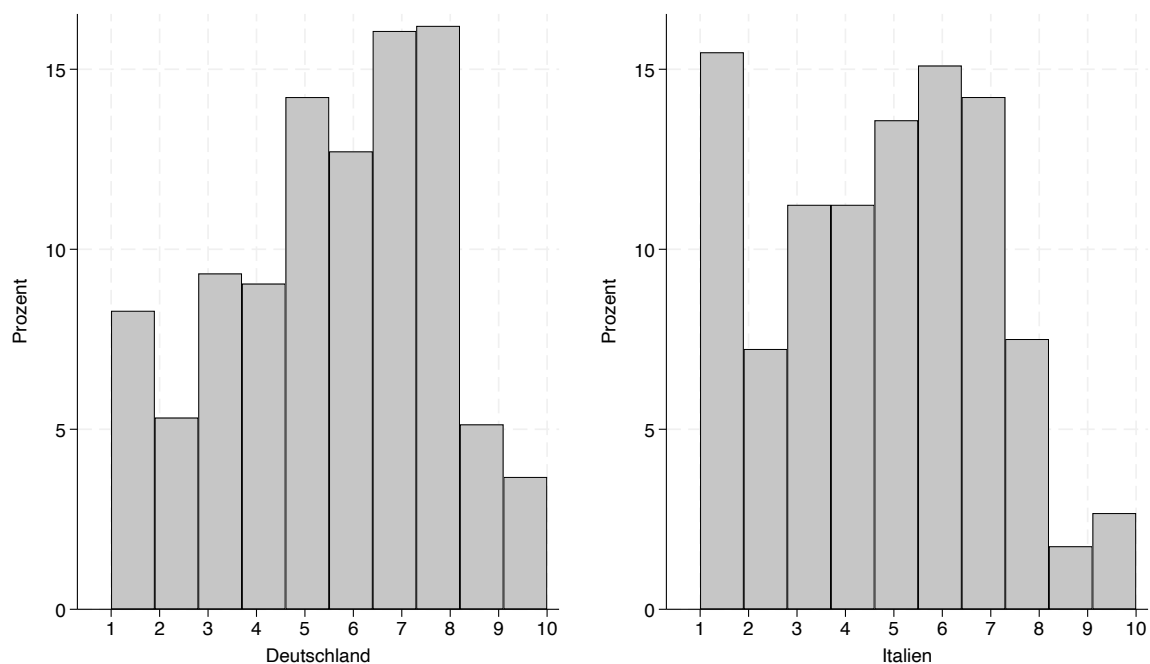


Abb. 4 Zufriedenheit mit dem politischen System

*Wie zufrieden sind Sie damit, wie das politische System in Deutschland heutzutage funktioniert?
1 überhaupt nicht zufrieden – 10 vollkommen zufrieden (Quelle: European Values Study 2017)*

7 Analyse

In der Analyse werden sowohl für Italien als auch für Deutschland zwei Stichproben verglichen. Die deutsche bzw. italienische Rechtsaußenstichprobe enthält all diejenigen, die sich nach eigenen Angaben politisch in der Nähe der jeweiligen Rechtsaußenparteien Lega oder AfD

verorten. Dazu gibt es jeweils eine Vergleichsgruppe mit den Befürworter*innen aller anderen Parteien. Aufgrund der Antworten wird dann verglichen, ob die Befragten, die sich mit einer der jeweiligen Rechtsaußenpartei identifizieren, sich bei bestimmten Themen anders positionieren als Menschen, die sich einer anderen Partei nahe fühlen. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass dadurch lediglich ein Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und einer bestimmten Haltung festgestellt werden kann, nicht jedoch ob bestimmte Haltungen die Identifikation mit einer entsprechenden Partei verursachen. Tatsächlich kann nämlich auch „Parteiidentifikation (...) wie ein Filter (wirken), der Wahrnehmung und Bewertung politischer Themen und Ereignisse strukturiert. Wähler (sic) mit starker Parteiidentifikation machen sich die Sachpositionen „ihrer“ Partei eher zu eigen und sie schätzen die Kandidaten (sic) „ihrer“ Partei deutlich positiver ein als die anderer Parteien“ (Schulze o.A.).

In Deutschland reichen die neben der AfD zur Auswahl stehenden Parteien von Linksaußen (Die Linke) bis hin zu konservativen Mitte-Rechts Parteien (CDU) und stehen auf dem politischen Spektrum somit alle links der AfD. In Italien ist der Fall weniger eindeutig. Separiert man die Unterstützer*innen der Lega in einer Stichprobe, verbleiben in der Vergleichsstichprobe weitere – wenn auch nur wenige – Anhänger*innen von Rechtsaußenparteien, in erster Linie der Fratelli d'Italia. Es ist zu erwarten, dass Sympathisant*innen der Lega und der Fdi sich in ihren Haltungen und somit ihrem Antwortverhalten im Rahmen der European Values Study ähneln. Daher wäre es im Falle Italiens prinzipiell möglich, in einer Stichprobe die Befürworter*innen aller Rechtsaußenparteien zu integrieren. Auf den zweiten Blick lassen sich die Parteien jedoch nicht ohne weiteres vergleichen. Die Fratelli d'Italia gründeten sich 2012 in Folge interner Spaltungen der Mitte-Rechts-Partei Popolo della Libertà von Silvio Berlusconi. Ursprünge der Partei gehen jedoch auf andere Parteien und Bewegungen der extremen Rechten zurück, die aus dem auf Mussolini zurückgehenden Movimento Sociale Italiano (deutsch: italienische Sozialbewegung) hervorgehen (vgl. Ventura 2022: 2-3). Zunächst trat die Partei mit einer Liste eher vager politischer Forderungen an, die in erster Linie euroskeptisch waren. Gegen 2017 erfolgte hingegen eine eindeutige Wende zu rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Inhalten, wie z.B. Narrativen des „großen Austauschs“ (vgl. Donà 2022: 784 f.). Durch dieses schnelle und unverhohlene ideologische Bekenntnis sind die Fdi zum Untersuchungszeitraum politisch sowohl von der Lega als auch von der AfD abzugrenzen. Eine Distanzierung von den faschistischen Wurzeln der Partei findet bis heute nicht statt. Zwar gibt es

durchaus viele Überschneidungen zwischen Lega und FdI, letztere vertreten ihre ideologischen Forderungen jedoch deutlich radikaler und nachdrücklicher, während ein wichtiger Fokus der Lega nach wie vor auf der Unterstützung des norditalienischen Unternehmertums liegt. Auf europäischer Ebene gehören FdI und Lega unterschiedlichen Koalitionen an (vgl. Ventura 2022: 9). Die Befürworter*innen der Fratelli d'Italia (sowie von CasaPound Italia und Italia agli Italiani) werden daher aus der italienischen Vergleichsstichprobe entfernt.

7.1 Ökonomische Situation

Zunächst soll überprüft werden, ob Rechtsaußen-Sympathisant*innen zum Zeitpunkt der Untersuchung häufiger mit ökonomischen Notlagen konfrontiert sind als andere. Dazu wird verglichen, ob sich in den Stichproben der Anteil der Menschen, die in den fünf Jahren vor der Datenerhebung 2018 in Deutschland bzw. Italien entweder länger als drei Monate arbeitslos oder abhängig von Sozialleistungen waren, unterscheidet. Entsprechend der häufig zitierten Modernisierungsverliererthese ließe sich annehmen, dass insbesondere Menschen, die in Folge der Wirtschaftskrisen um 2010 in ökonomische Schwierigkeiten gerieten, eher zu AfD bzw. Lega tendieren.

Stichprobe	n	Mittelwert	Stand.- Abw.	t-Wert	p-Wert
Parteiidentifikation andere Deutschland	1,995	1.88	0.32	-0.94	0.34
Parteiidentifikation AfD	104	1.91	0.28		
Parteiidentifikation andere Italien	1,899	1.80	0.39	-2.23	0.02
Parteiidentifikation Lega	262	1.86	0.34		

Tab. 3 Erfahrung von Arbeitslosigkeit innerhalb der letzten 5 Jahre

Während der letzten fünf Jahre, waren Sie da einmal länger als drei Monate am Stück arbeitslos?

1 = ja; 2 = nein (Quelle: European Values Study 2017)

Für Deutschland ist dieser Effekt in den Daten der EVS nicht zu beobachten. Zwischen den Stichproben liegen keine signifikanten Unterschiede bzgl. Arbeitslosigkeit oder dem Erhalt von

Sozialhilfe vor. AfD-Sympathisant*innen sind tendenziell sogar weniger häufig von Arbeitslosigkeit betroffen als die Befragten der Vergleichsgruppe (vgl. Tab. 3 und Tab. 4). Die tendenziell höhere Abhängigkeit von Sozialleistungen könnte dennoch auf vergleichsweise instabile ökonomische Verhältnisse und Ängste hinweisen. Allerdings sind die Unterschiede nicht signifikant, statistisch also nicht relevant (vgl. Tab. 4). Somit kann die Modernisierungsverliererthese für die deutschen Proband*innen nicht bestätigt werden (vgl. Tab. 3 und 4).

Etwas anders verhält es sich in Italien. Während die Unterschiede in Bezug auf Sozialleistungen nicht statistisch signifikant sind, ist dies bei der erfahrenen Arbeitslosigkeit mit einem p-Wert von 0,02 der Fall. Allerdings waren es insbesondere die Befragten der Vergleichsgruppe, die in den Jahren zwischen 2013 und 2018 häufiger vom Verlust des Arbeitsplatzes betroffen waren als Befürworter*innen der Lega. Die Erwartung, die Nähe zu Rechtsaußenparteien stehe in eindeutigen Zusammenhang mit ökonomischen Problemen, bestätigt sich also auch in Italien nicht.

Stichprobe	n	Mittelwert	Stand.- Abw.	t-Wert	p-Wert
Parteiidentifikation andere Deutschland	2,013	1.91	0.27	-0.56	0.57
Parteiidentifikation AfD	104	1.93	0.25		
Parteiidentifikation andere Italien	1,920	1.95	0.21	-0.39	0.69
Parteiidentifikation Lega	264	1.95	0.20		

Tab. 4 Abhängigkeit von Sozialleistungen innerhalb der letzten 5 Jahre
Während der letzten fünf Jahre, haben Sie da Sozialhilfe bezogen?
 1 = ja; 2 = nein (Quelle: European Values Study 2017)

Die von Jobverlust betroffenen deutschen Befragten identifizieren sich nicht in besonderem Maße mit der AfD (5,14). Die Verteilung der Stimmen entspricht in dieser Gruppe in etwa der Verteilung in der Gesamtheit der deutschen Befragten. In Italien befürworteten 10,64 % der Personen, die Arbeitslosigkeit erfahren haben die Lega. 32,22 % stehen hingegen dem Movimento Cinque Stelle nahe, das bei den Parlamentswahlen 2018 über 32 % aller Stimmen

erhielt. Diejenigen italienischen Befragten, die zwischen 2013 und 2018 nicht arbeitslos waren, identifizieren sich zu 15, 57 % mit der Lega, allerdings erfährt die Fünf-Sterne-Bewegung in dieser Gruppe deutlich weniger Zuspruch (17, 07 %). Auch die Lega spricht Menschen, die Arbeitslosigkeit erlebt haben, also nicht in übermäßig stärkerem Maße an. Der Zusammenhang von Deprivation und Zustimmung zu einer Rechtsaußenpartei (H1) kann also in keinem der beiden Länder, weder für die AfD noch für die Lega bestätigt werden.

7.2 Ablehnung von Immigration

7.2.1 Ressourcenkonflikte und Ablehnung von Zuwanderung

Größere Unterschiede zwischen den Stichproben zeigen sich in beiden Ländern beim Themenblock Immigration. Sowohl in Deutschland als auch in Italien trifft die Aussage „Ausländer*innen nehmen Einheimischen die Arbeitsplätze weg“ bei Menschen, die der jeweiligen Rechtsaußenpartei nahestehen, auf höhere Zustimmung als bei anderen. Auf einer Skala von eins bis zehn liegen die Mittelwerte in der Gruppe der Legasymphisant*innen bei 4.67 und bei 5.50 bei den übrigen italienischen Befragten. Mit $p = 0.0$ ist der Unterschied statistisch signifikant. Die italienischen Stichproben nehmen in der Frage der Bedrohung des Arbeitsmarktes durch Zuwanderung also tendenziell leicht gegensätzliche Positionen ein. Trotzdem lassen die Durchschnittswerte beider Gruppen darauf schließen, dass Befürworter*innen aller Parteien geneigt sind, Immigrant*innen als Konkurrenz um Arbeitsplätze wahrzunehmen (vgl. Tab. 5).

Stichprobe	n	Mittelwert	Stand.- Abw.	t-Wert	p-Wert
Parteiidentifikation andere Deutschland	2,006	7.55	2.46	7.39	0.0
Parteiidentifikation AfD	107	5.40	2.96		
Parteiidentifikation andere Italien	1,921	5.50	2.97	4.84	0.0
Parteiidentifikation Lega	262	4.67	2.52		

Tab. 5 Empfundene Bedrohung auf dem Arbeitsmarkt
*Ausländer*innen nehmen Deutschen/ Italiener*innen die Arbeitsplätze weg*
1 nehmen sie weg – 10 nehmen sie nicht weg (Quelle: European Values Study 2017)

AfD-Anhänger*innen zeigen mit einem Mittelwert von 5.40 eine leichte Tendenz dazu, Zuwanderung als Bedrohung in der Arbeitswelt wahrzunehmen. Sie liegen damit deutlich näher an der Haltung der Befürworter*innen der italienischen Parteien von Links bis Mitte-Rechts, nicht jedoch der Lega. Eine klare Ablehnung der These liegt mit einem durchschnittlichen Antwortwert von 7.55 bei Nichtanhänger*innen der AfD vor. Der Unterschied zwischen den beiden deutschen Stichproben ist mit $p=0.0$ signifikant. Wie bereits unter 6.3.1 ersichtlich, scheint die durch Zuwanderung empfundene Bedrohung auf dem Arbeitsmarkt in Italien unter Anhänger*innen aller Parteien weiter verbreitet zu sein als in Deutschland (vgl. Tab. 4).

Noch größer als die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes scheint in beiden Ländern die Furcht vor einer Belastung der Sozialsysteme. Unterstützer*innen aller Parteien in Deutschland und Italien empfinden Immigrant*innen als Bürde für den Sozialstaat. Die Unterschiede zwischen den jeweiligen Rechtsaußen- und Vergleichsstichproben sind jedoch dennoch in beiden Ländern mit $p=0.0$ signifikant. In Italien liegt bei Nicht-Legasympathisant*innen der Wert bei 4.51 im Vergleich zu 3.52 bei Befürworter*innen der Lega. In Deutschland erreichen die Anhänger*innen der etablierten Parteien einen Wert von 4.25. Besonders überzeugt scheinen die Unterstützer*innen der AfD. Der Mittelwert von 1.58 sticht im Vergleich mit allen Gruppen heraus.¹⁴

In beiden Ländern lässt sich H2a damit bestätigen. Menschen, die in Italien und Deutschland der jeweiligen Rechtsaußenpartei nahestehen, vertreten Positionen, die mit Zuwanderung den Anstieg von Konkurrenz um Arbeitsplätze und Sozialleistungen verbinden. Dabei sind sie überzeugter als die Befürworter*innen anderer Parteien. Allerdings kann für keine der beiden Rechtsaußenstichproben festgestellt werden, dass Gefühle ökonomischer Bedrohung durch Immigration vielleicht aus der konkreten Erfahrung eigener ökonomischer Notsituationen resultieren (vgl. Kapitel 7.1). Da jedoch die Gesamtheit der Befragten dazu tendiert, ökonomische Herausforderungen durch Zuwanderung zu erwarten, bestätigen sich in diesem Fall Ansätze aus der Deprivationstheorie. Demnach ist keine eigene Betroffenheit notwendig, um sich benachteiligt zu fühlen oder von Abstiegsängsten betroffen zu sein zu (vgl. Kapitel 4.1).

¹⁴ 1 Immigrant*innen belasten die Sozialsysteme – 10 Immigrant*innen belasten die Sozialsysteme nicht

7.2.2 Rassistische Stereotype und Ablehnung von Zuwanderung

Ebenso wie Narrative zur ökonomischen Bedrohung durch Zuwanderung setzen auch andere Debatten in Bezug auf Migration auf Angst und bedienen sich dazu fremdenfeindlicher Vorurteile. Häufig verbunden mit Diskursen um Recht und Ordnung ist die Darstellung von Zuwanderung als kriminelle Gefahr. Je nach Parteipräferenz verfangen Behauptungen dieser Art unterschiedlich bei den Bürger*innen. In Deutschland stimmen alle Befragten der Aussage „Ausländer*innen verschärfen die Kriminalitätsprobleme“ tendenziell eher zu, allerdings in sehr unterschiedlicher Ausprägung. Wie in Tabelle 6 ersichtlich, liegt der Mittelwert der Befragten, die sich nicht mit der AfD identifizieren, bei 4.52. Die These eines Zusammenhangs zwischen Zuwanderung und Kriminalität trifft also auf Zustimmung. Deutlich überzeugter zeigt sich die Gruppe der AfD-Unterstützer*innen. Der Zustimmungswert liegt bei 1.75, über 90% der Stichprobe wählen Werte zwischen eins und drei. Die Differenz zwischen den beiden deutschen Stichproben ist statistisch signifikant (vgl. Tab. 6).

Stichprobe	n	Mittelwert	Stand.- Abw.	t-Wert	p-Wert
Parteiidentifikation andere Deutschland	2,028	4.52	2.62	15.41	0.0
Parteiidentifikation AfD	108	1.75	1.77		
Parteiidentifikation andere Italien	1,914	3.98	2.62	8.54	0.0
Parteiidentifikation Lega	263	2.76	2.10		

Tab. 6 Empfundener Anstieg von Kriminalität

*Ausländer*innen verschärfen die Kriminalitätsprobleme*

1 verschärfen sie – 10 verschärfen sie nicht (Quelle: European Values Study 2017)

Wie bereits bei der Einschätzung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch Zuwanderung scheint in Italien auch die Erwartung steigender Kriminalität durch Immigration bei Anhänger*innen aller Parteien stärker verbreitet als in Deutschland. Für die Gruppe der Befragten, die nicht der Lega nahestehen, ergibt sich ein Mittelwert von 3.98. Auch, wer sich also nicht Rechtsaußen verordnet, geht von einem eindeutigen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Immigration aus. Bei Lega-Anhänger*innen liegt der Wert bei 2.76. Zwar sind die

Ergebnisse auch in Italien signifikant unterschiedlich, allerdings liegen die Werte der beiden Gruppen erneut näher beieinander als bei den deutschen Befragten. Im Vergleich aller Stichproben nehmen AfD-Sympathisant*innen die extremste Position ein. Keine andere Gruppe ist so überzeugt von einem Ansteigen der Kriminalität durch Zuwanderung. Dies zeigt, wie weit die Haltung von AfD-Anhänger*innen von den Befürworter*innen anderer deutscher Parteien entfernt liegt. Von allen untersuchten Hypothesen sind die deutschen Befragten hier am stärksten gespalten.

In beiden Ländern weisen die Punkte Konkurrenz am Arbeitsmarkt und Kriminalitätsanstieg durch Immigration die extremsten Mittelwerte der getesteten Parameter auf. Die große Mehrheit der Befragten hat zum Thema Zuwanderung eine eher skeptische Haltung. Im Falle von Rechtsaußensympathisant*innen ist diese eindeutig ablehnend.

7.3 Politikverdrossenheit

Unabhängig von der Parteipräferenz ist es den Befragten beider Länder sehr wichtig, in einer Demokratie zu leben. Am wenigsten wichtig ist dies für die Anhänger*innen der AfD, in der Tat ist der Unterschied zur Vergleichsgruppe signifikant. Dennoch ist auch in dieser Gruppe der Bedeutung der Demokratie hoch. In Italien hat die Demokratie sowohl für Befürworter*innen der Lega als auch anderer Parteien einen ähnlich hohen Stellenwert.

Anders sieht dies bei der Einschätzung der Demokratie im eigenen Land aus. Zwar tendieren in Italien beide Gruppen dazu, das Land als demokratisch regiert zu bezeichnen, die Stichproben unterscheiden sich in ihrer Einschätzung jedoch signifikant. Allerdings sind es nicht, wie vielleicht erwartet, die Unterstützer*innen der Lega, die Italien undemokratischer erleben (6.34). Es sind die Befragten der italienischen Vergleichsgruppe (5.98), die eine schwächere Tendenz dazu erkennen lassen, Italien als demokratisch regiert zu empfinden (vgl. Tab. 7). Der Effekt wiederholt sich bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems allgemein. Wieder sind die Befragten der italienischen Vergleichsgruppe weniger zufrieden als die Unterstützer*innen der Lega. Mit einem Mittelwert von 4.55 stellen sie dem Politikbetrieb ihres Landes ein tendenziell – wenn auch nicht sehr – schlechtes Zeugnis

aus. Im Durchschnitt wählen Personen, die der Lega nahe stehen, einen Wert von 5.69 und positionieren sich damit in der Mitte der Skala. Sie sind weder besonders zufrieden, aber auch nicht außerordentlich unzufrieden damit, wie das politische System Italiens zum Untersuchungszeitraum funktioniert (vgl. Tab. 7). Die Gruppe all derer, die einer anderen Partei als der Lega nahestehen, kann somit als politikverdrossener eingeschätzt werden. An dieser Stelle muss auf die besondere Zusammensetzung der italienischen Vergleichsgruppe verwiesen werden. Sie beinhaltet zu 31,42 % Personen, die angeben, keiner Partei nahe zu stehen. Parteien sind jedoch ein fundamentaler Bestandteil von Demokratien. Wer sich vom Angebot keiner einzigen Partei angesprochen und repräsentiert fühlt, könnte ebenfalls zu dem Schluss kommen, dass das System, in dem die Parteien agieren, nicht zufriedenstellend funktioniert. Tatsächlich wählen 20,89 % dieser Personen den Wert maximaler Unzufriedenheit mit der Funktionsweise des Systems. Aus der Gruppe der Lega-Anhänger*innen sind es 7,60 %.

Stichprobe	n	Mittelwert	Stand.- Abw.	t-Wert	p-Wert
Parteiidentifikation andere Deutschland	2,012	7.23	2.02	10.05	0.0
Parteiidentifikation AfD	107	4.94	2.31		
Parteiidentifikation andere Italien	1,894	5.98	2.27	-2.64	0.0
Parteiidentifikation Lega	264	6.34	2.03		

Tab. 7 Zustand der Demokratie im eigenen Land

Und was meinen Sie, wie demokratisch wird Deutschland/ Italien heutzutage regiert?

1 überhaupt nicht demokratisch – 10 voll und ganz demokratisch (Quelle: European Values Study 2017)

Die deutschen Befragten scheinen ein weiteres Mal stärker gespalten als die Italiener*innen. Die Befragten, die nicht der AfD nahestehen, schätzen den Grad der Demokratie im eigenen Land mit einem durchschnittlichen Wert von 7.23 so hoch ein wie keine andere Gruppe. Im Gegensatz steht es mit einem Mittelwert von 4.94 in den Augen der AfD-Anhänger*innen eher schlecht um die Demokratie im eigenen Land, schlechter als für alle anderen untersuchten Gruppen. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich auch in puncto Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems. Während die deutsche Vergleichsgruppe immerhin eine leichte

Tendenz zur Zufriedenheit zeigt (5.68), ist der Unmut der AfD-Anhänger*innen deutlich ausgeprägt (3.09) (vgl. Tab. 8).

Stichprobe	n	Mittelwert	Stand.- Abw.	t-Wert	p-Wert
Parteiidentifikation andere Deutschland	2,015	5.68	2.38	11.09	0.0
Parteiidentifikation AfD	108	3.09	2.07		
Parteiidentifikation andere Italien	1,909	4.55	2.41	-7.20	0.0
Parteiidentifikation Lega	263	5.69	2.39		

Tab. 8 Zufriedenheit mit dem politischen System

Wie zufrieden sind Sie damit, wie das politische System in Deutschland heutzutage funktioniert?

1 überhaupt nicht zufrieden – 10 voll und ganz zufrieden (Quelle: European Values Study 2017)

Erneut nehmen AfD-Anhänger*innen im Vergleich mit allen anderen Stichproben, unabhängig von deren Parteipräferenz, die extremsten Haltungen ein. Sie übersteigen darin die Unterstützer*innen ihrer italienischen Partnerpartei. Die beiden italienischen Stichproben ähneln sich trotz signifikanter Unterschiede wiederholt stärker als die deutschen. Es zeigt sich erneut, in welchem Ausmaß die Positionen der beiden deutschen Gruppen polarisiert sind.

8 Fazit

Wie bereits an anderer Stelle nachgewiesen, bestätigen auch die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit, dass die Modernisierungsverliererthese zur Erklärung des Aufwinds von Rechtsaußenparteien einer Überprüfung nicht standhält. Menschen, die mit der AfD oder der Lega sympathisieren, sind im Vergleich zu anderen nicht in außergewöhnlichem Maße von ökonomischen Notlagen betroffen. In Italien machen Lega-Befürworter*innen sogar signifikant seltener Erfahrungen von Arbeitslosigkeit. Menschen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind, wählen in keinem der beiden Länder mit höherer Wahrscheinlichkeit eine der Rechtsaußenparteien. Abstiegs- und Verlustangst scheinen trotzdem eine Rolle zu spielen. Offensichtlich wird dies an den in allen Gruppen hohen Zustimmungswerten zu Aussagen, die

Ressourcenkonflikte zwischen Einheimischen und Zuwander*innen vermuten. Bei vielen vielleicht auch Ausdruck der Befürchtung, man könne in Zukunft gegenüber anderen zu kurz kommen. Die subjektive Wahrnehmung ist für dieses Gefühl allerdings entscheidender als die Realität. Stimmen, die hoffen, man könne dem Rechtsruck allein mit sozialpolitischen Reformen erfolgreich begegnen, muss man also teilweise enttäuschen. Wichtiger ist, ob und inwiefern diese Reformen als absichernd wahrgenommen werden.

Sehr deutlich wird in beiden Ländern die große Bedeutung von Immigration. Tatsächlich zeigt sich, dass die Gruppen der Lega- bzw. AfD-Anhänger*innen häufiger stark ablehnende Positionen gegenüber Immigrant*innen einnehmen. Die Furcht vor Ressourcenkonflikten erweist sich in Italien bei allen Befragten größer als in Deutschland. Während die italienische Vergleichsgruppe ähnlich stark wie die AfD-Befürworter*innen tendenziell davon ausgeht, mit Zuwander*innen um Arbeitsplätze zu konkurrieren, ist diese Befürchtung bei der deutschen Vergleichsgruppe eindeutig nicht gegeben. Dass in Italien fremdenfeindliche Aussagen scheinbar unter Anhänger*innen vieler Parteien verbreitet und allgemein gesellschaftsfähiger sind, könnte auch mit der vergleichsweise lange Geschichte rechtskonservativer Politik in Italien zusammenhängen, während in Deutschland 2017/2018 soziale Erwünschtheit die Ergebnisse vielleicht noch stärker verfälscht. Jedoch ist das Vorurteil, es bestehe ein Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kriminalität bei allen Befragten beider Länder und über die Parteigrenzen hinweg weit verbreitet. Allerdings wird diese Haltungen bei den Befragten, die der jeweiligen Rechtsaußenpartei nahestehen, vehementer vertreten als bei anderen. Befürworter*innen der AfD sind hierbei von allen Gruppen am stärksten überzeugt.

In Bezug auf die Krisenereignisse, die dem steigenden Erfolg beider Rechtsaußenparteien vorangingen, lässt sich festhalten, dass die Finanz- bzw. Eurokrise ab 2007/2008 mit Sicherheit einen ersten Anstoß gaben und für Verunsicherung sorgten. Größeres Mobilisierungspotenzial dürfte aufgrund der bei Rechtsaußenbefürworter*innen vorherrschenden Haltungen jedoch durch die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 entstanden sein.

Die These einer größeren Politikverdrossenheit bei Rechtaußensympathisant*innen bestätigt sich nur in Deutschland, wo AfD-Befürworter*innen unzufriedener mit der Demokratie sind als die Vergleichsgruppe. In Italien zeigen sich bei der Befragung im Rahmen der European

Values Study Anhänger*innen der Lega sogar weniger verdrossen als die anderer Parteien (vgl. Tab. 7 und 8). Allerdings sind Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit mit dem System in Italien im Vergleich zu anderen Ländern seit vielen Jahren in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen sehr ausgeprägt. Dies zeigt sich auch am hohen Prozentsatz der Befragten, die sich keiner Partei nahe fühlen.

Der Vergleich aller Gruppen zeigt, dass AfD-Anhänger*innen die extremsten Positionen in puncto Zuwanderung und Demokratieverdrossenheit vertreten. Sie übertreffen dabei fast immer auch die Befürworter*innen der Lega. Nur in Bezug auf die Angst vor Arbeitsplatzverlust durch Zuwanderung nehmen diese eine pessimistischere Haltung ein als die AfD-Sympathisant*innen. Am liberalsten verhält sich die deutsche Vergleichsgruppe. Diese Befragten zeigen also am wenigsten Zustimmung zu immigrationsfeindlichen und politikverdrossenen Narrativen und Aussagen. Zwischen den Positionen der deutschen Gruppen liegen die beiden italienischen Stichproben. Zwar sind auch die Mittelwerte dieser Gruppen signifikant unterschiedlich, sie liegen jedoch näher beieinander als die der Deutschen. Unter den deutschen Befragten zeichnet sich also eine im Verhältnis zu Italien größere innergesellschaftliche Spaltung ab. Der Anteil derer, die sich als AfD-Sympathisant*innen einordnen (6, 19 %) ist zwar sehr klein, was einem sprichwörtlichen Riss durch die Mitte der Gesellschaft widerspricht. Dennoch zeigt sich, dass diese Gruppe deutlich extremere Positionen vertritt als der Rest der Befragten. Beide Gruppen sind schwer miteinander zu vereinbaren.

Im Gegensatz zu den deutschen Gruppen erweisen sich die Meinungen der italienischen Befragten als homogener. Dies fällt insbesondere beim Thema Zuwanderung auf. Laut Messing und Ságvári stellt Italien dabei eine Ausnahme dar. In den meisten europäischen Ländern befürworten die Anhänger*innen linker Parteien Immigration. Italienische Unterstützer*innen linker Parteien stehen Zuwanderung jedoch bestenfalls neutral gegenüber. Ähnlich ist dies nur noch in Österreich oder in Ungarn, wo selbst links-sozialisierte Personen Zuwanderung deutlich ablehnen. Generell sind extrem negative Ansichten zu Migration in Italien bei 8,7 % der Bevölkerung verbreitet, so stark wie in keinem anderen von 20 untersuchten Länder (vgl. Messing/ Ságvári 2019: 34).

Der Unterschied zwischen Anhänger*innen der AfD und jenen der Lega lässt den Schluss zu, erstere seien in ihren Ansichten extremer als letztere. Ein Blick auf die Geschichte der Lega und ihr langes Bestehen als etablierte Partei in der italienischen Politik (wenn auch zunächst nur in Norditalien), lässt es wahrscheinlich erscheinen, dass ihre Anhängerschaft gewachsener und gemischerter ist als die der AfD, die zum Zeitpunkt der Untersuchung erst vier Jahre alt ist. Zwar vertreten auch andere deutsche Parteien zuwanderungs- und EU-kritische Positionen, allerdings sind sie im Gegensatz zur AfD keine dezidiert eurokritische bzw. Anti-Migrationsparteien und formulieren ihre Haltungen gemäßiger. Auch greifen sie zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht im Ausmaß der AfD auf populistische und demokratiefeindliche Rhetorik zurück. Es liegt daher nahe, dass Menschen mit extremen Haltungen sich mit der vermeintlich einzigen Partei identifizieren, die entsprechend extreme Maßnahmen fordert.

Die vorliegende Arbeit weist verschiedene Limitationen auf. Zum einen werden weder in Deutschland noch in Italien regionale Unterschiede berücksichtigt. Aufgrund der bestehenden sozio-ökonomischen Unterschiede ist zu erwarten, dass sich Befragte in Ost- und Westdeutschland ebenso unterschiedlich verhalten wie in Nord- und Süditalien. Auch ist für eine umfängliche Analyse die Rolle des Movimento Cinque Stelle von großer Bedeutung. Als Newcomerpartei erhielt sie 2013 ein Viertel der Stimmen und wurde im Wahljahr 2018 mit über 30 % stärkste Kraft im italienischen Parlament. Trotz Antizuwanderungspositionen und eurokritischer Haltung kann die Partei nicht eindeutig auf dem politischen Spektrum verortet werden und wird häufig als „rein populistisch“ bezeichnet (vgl. z.B. Mosca/ Tronconi 2019). Für die Untersuchung der Motivation von Rechtsaußenbefürworter*innen ist sie also nicht direkt geeignet. Dennoch lässt sich mutmaßen, dass Unzufriedenheit und Abstiegsängste ihre Wählerschaft mobilisiert haben, sodass sogenannte Modernisierungsverlierer*innen vielleicht tendenziell die Fünf-Sterne-Bewegung statt der Lega wählten. Darüber hinaus ist methodisch der hier verwendete T-Test eines der einfacheren statistischen Verfahren, um die Stärke des Zusammenhangs von Variablen festzustellen. In der vorliegenden Arbeit ermöglicht er Aussagen zu Häufigkeit und Ausprägung verschiedener Haltungen bei unterschiedlichen Gruppen. Für den direkten Vergleich aller aufgestellten Thesen sind jedoch multivariate Regressionsanalysen besser geeignet. Wichtige weitere Ansätze zu den Motiven von Rechtsaußenbefürworter*innen liefert zudem die Sozialpsychologie. Die große Bedeutung von Emotionen und individueller Wahrnehmung, geringe Ambiguitätstoleranz und ein ausgeprägtes

Bedürfnis nach kognitiver Geschlossenheit sind nur einige Konzepte, die die Beweggründe eines Rechtsrucks nachvollziehbar machen können.

Erwartungsgemäß wird Forschung zum Thema Rechtsaußenparteien in den kommenden Jahren nicht unbedeutender werden. Ganz im Gegenteil zeigt ein Blick in die Gegenwart, wie sehr sich sowohl in Italien als auch in Deutschland die politische Lage seit dem Untersuchungszeitraum 2017/2018 verschärft hat. Die postfaschistische Partei Fratelli d'Italia, die für die vorliegende Untersuchung noch nahezu irrelevant war, erhielt bei den darauffolgenden Wahlen fünf Jahre später mit 26 % den größten Stimmenanteil der italienischen Wähler*innen. Glaubt man den Prognosen für die Landtagswahlen in Ostdeutschland im Herbst 2024, dürfte die AfD dort ebenfalls stärkste Kraft werden. Diese Entwicklungen sind von einer immensen Diskursverschiebung begleitet. So kommt es, dass im Jahr 2023 ein sozialdemokratischer deutscher Kanzler auf der Titelseite eines einflussreichen Magazins Abschiebungen „im großen Stil“ fordert (vgl. Hickmann/ Kurbjuweit 2023) und ein italienischer Journalist sich nach einem Zwischenruf („Es lebe das antifaschistische Italien“) gegenüber dem Geheimdienst verantworten muss, während es seit Jahren zur öffentlichen Zurschaustellung rechtsextremer und faschistischer Symbolik und Gesten kommt, die von Polizei und Politik ungeahndet bleiben (vgl. di Sauro 2024).

9 Literatur

- Abati, F. (2013). Salvini si prepara a guidare la Lega: 'Alleanze con destra estrema? Ci ragiono volentieri'. *Il Fatto Quotidiano*. <https://www.ilfattoquotidiano.it/2013/12/03/salvini-si-prepara-a-guidare-la-lega-alleanze-con-destra-estrema-ci-ragiono-volentieri/256346/> [10.08.2023]
- Abbondanza, G.; Bailo, F. (2018). The electoral payoff of immigration flows for anti- immigration parties: the case of Italy's Lega Nord. *European Political Science*, (17), 378–403. Doi: <https://doi.org/10.1057/s41304-016-0097-0>
- Basile, L.; Borri, R. (2018). Till Policy Do Us Part: What unites (and divides) the Five Star Movement and Lega electorates. *Italian Political Science*, 13 (3), 1-18.
- Bebnowski, J. (2015). *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*. Wiesbaden: Springer.
- Berglund, F. et al. (2005): Party Identification and Party Choice. In J., Thomassen (Hrsg.), *The European Voter. A Comparative Study of Modern Democracies*. (106-124). New York, Oxford University Press.
- Bose, R. (2020). Lehren aus der Kölner Silvesternacht. *Deutsche Welle*. <https://www.dw.com/de/f%C3%BCnf-jahre-danach-lehren-aus-der-k%C3%B6lner-silvesternacht/a-55980209> [06.01.2024]
- Bowler, S. et al. (2016). Right-wing populist party supporters: Dissatisfied but not direct democrats. *European Journal of Political Research*, (56/1). 70-91. Doi: <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12166>
- Braun, M. (2015). Lega Nord in Italien: Offene Grenzen für Rechtsaußen. *Taz*. <https://taz.de/Lega-Nord-in-Italien/!5018482/> [10.08.2023]
- Bundeszentrale für politische Bildung (2023). Soziale Situation in Deutschland. Arbeitslose und Arbeitslosenquote. *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/kurzknapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61718/arbeitslose-und-arbeitslosenquote/> [28.09.2023]
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2022). Verfassungsschutzbericht 2022. Bundesministerium des Innern und für Heimat.

- https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=9
[07.01.2024]
- Burscher, B.; van Spanje, J.; de Vreese, C. (2015). Owning the issues of crime and immigration: The relation between immigration and crime news and anti-immigrant voting in 11 countries. *Electoral Studies* 38, 59-69. Doi: <http://dx.doi.org/10.1016/j.electstud.2015.03.001>
- Chase, J.; Goldenberg, R. (2019). AfD: From anti-EU to anti-immigration. *Deutsche Welle*. <https://www.dw.com/en/afd-what-you-need-to-know-about-germanys-far-right-party/a-37208199> [14.12.2023]
- Crouch, C. (2021). Postdemokratie revisited. Berlin: Suhrkamp
- Dalton, R.J. (2021). Party Identification and Its Implications. *Oxford Research Encyclopedia*. Doi: <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.72>
- Decker, O. et al. (2017). *Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen für die Demokratie*. Frankfurt. Otto Brenner Stiftung.
- Di Sauro, A. (2024). Marco Vizzardelli, il loggionista della Scala identificato dalla digos: "I saluti fascisti di Acca Larentia? Sono indignato. Nessuno li ha fermati, due pesi e due misure". *La Repubblica*. https://milano.repubblica.it/cronaca/2024/01/08/news/vizzardelli_scala_antifascista_digos_saluti_romani_acca_larentia-421832890/ [13.01.2024]
- Dinas, E.; van Spanje, J. (2011). Crime Story: The role of crime and immigration in the anti-immigration vote. *Electoral Studies*, 30 (4), 658-671. Doi: <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2011.06.010>
- Donà, A. (2022). The rise of the Radical Right in Italy: the case of Fratelli d'Italia. *Journal of Modern Italian Studies*, 27 (5), 775-794. <https://doi.org/10.1080/1354571X.2022.2113216>
- dpa (2015). Parteivize: "Flüchtlingskrise ein Geschenk für die AfD". *Merkur*. Link: <https://www.merkur.de/politik/afd-parteivize-gauland-wertet-fluechtlingskrise-als-geschenk-fuer-afd-zr-5953926.html> [29.07.2023]
- dpa (2016). Nach Vergewaltigungs-Aussage: Claudia Roth geht juristisch gegen AfD-Mann vor. *Focus*. https://www.focus.de/politik/deutschland/satz-in-ard-sendung-nach-vergewaltigungs-aussage-claudia-roth-geht-juristisch-gegen-afd-mann-vor_id_5265308.html
[06.01.2024]

- Dpa/ Reuters (2012). Lega-Nord-Chef Bossi tritt zurück. Die Zeit. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2012-04/italien-bossi> [16.10.2023]
- Eatwell, R. (2000). The Rebirth of the 'Extreme Right' in Western Europe? *Parliamentary Affairs*, 53 (3), 407–425. Doi: <https://doi.org/10.1093/pa/53.3.407>
- Enzer, L. (2012). The homogeneity of West European party families: The radical right in comparative perspective. *Party Politics*, 18 (2), 151–171. Doi: 10.1177/1354068810382936
- Emmanuele, V.; Santana, A.; Rama, J. (2014): Anatomy of the Italian populist breakthrough: a 'demarcationist' fuel driving Lega and Five-star Movement electoral success? *Contemporary Italian Politics*, 14 (1), 49–67. Doi: <https://doi.org/10.1080/23248823.2021.2000346>
- EVS (2022). European Values Study 2017: Integrated Dataset (EVS 2017). *GESIS, Köln. ZA7500 Datenfile Version 5.0.0*, Doi: <https://doi.org/10.4232/1.13897>.
- Ferrin, M. (2012). *What is Democracy to Citizens? Understanding Perceptions and Evaluations of Democratic Systems in Contemporary Europe*. (Dissertation, Politik- und Sozialwissenschaften) European University Institute, Florenz.
- Fitzgerald, J.; Curtis, K. A.; Corliss, C. (2012). Anxious Publics: Worries About Crime and Immigration. *Comparative Political Studies*, 45(4), 477–506. Doi: 10.1177/0010414011421768
- Forni, M.; Formigoni, L. (2018). Elezioni politiche 2018 - analisi del voto. *Ipsos*. <https://www.ipsos.com/it-it/elezioni-politiche-2018-analisi-del-voto> [17.12.2023]
- Funke, M.; Trebesch, Ch. (2017): Financial Crisis and the Populist Right. *ifo DICE Report*. 15 (4), 6-9.
- Funke, M.; Schularick, M.; Trebesch, Ch. (2016): Going to extremes: Politics after financial crises, 1870–2014. *European Economic Review*, (88). 227–260. Doi: <https://doi.org/10.1016/j.eurocorev.2016.03.006>
- GESIS (2022). EVS 2017 - Variable Report. Integrated Datasets. *GESIS-Variable Reports No. 2022/05*. GESIS, Köln.
- Giuliani, M. (2022). Looking retrospectively at the 2018 Italian general election: the state of the economy and the presence of foreigners. *Contemporary Italian Politics*, 14 (1). 4-23. Doi: 10.1080/23248823.2021.2004640
- Grasse, A.; Labitzke, J. (2018). *Politikwechsel mit Ansage – Ursachen und Hintergründe des Wahlerfolgs der Populisten in Italien*. Institut für Europäische Politik e.V., Berlin.

- Große Hüttmann, M. (o.D.): Eurokrise. *Das Europalexikon Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176846/eurokrise/> [21.09.2023]
- Harris, C.; Gruenewald, J. (2020). News Media Trends in the Framing of Immigration and Crime, 1990–2013. *Social Problems*, 67 (3), 452–470. Doi: <https://doi.org/10.1093/socpro/spz024>
- Harvey, D. (2009). Is This Really the End of Neoliberalism? *Counterpunch*. <http://tomweston.net/EndNeoLib.pdf> [17.12.2023]
- Hickmann, Ch.; Kurbjuweit, D. (2023). “Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“. *Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-ueber-migration-es-kommen-zu-viele-a-2d86d2ac-e55a-4b8f-9766-c7060c2dc38a> [13.01.2024]
- Heitmeyer, W. (2001). Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen. In D. Loch, W. Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*. (3, 497-534). Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. Main.
- Heitmeyer, W. (2012). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 10*. (4, 15-42). Suhrkamp Verlag, Berlin.
- Herold, M. et al. (2023). *Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern*. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden.
- Hodali, D.; Prange de Oliveira, A. (2018). Leistungen für Flüchtlinge im EU-Vergleich. *Deutsche Welle*. <https://www.dw.com/de/leistungen-f%C3%BCr-fl%C3%BCchtlinge-im-eu-vergleich/a-44287802> [23.10.2023]
- Hutter, S.; Kriesi, H. (2022). Politicising immigration in times of crisis. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 48 (2), 341-365. Doi: <https://doi.org/10.1080/1369183X.2020.1853902>
- Infratest dimap (2017): WahlREPORT Bundestagswahl 2017. *Infratest dimap Wahlanalyse*. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/wahlreport-deutschland/2017/> [06.01.2023]
- Inglehart, R.; Norris, P. (2016). Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash. *HKS Working Paper No. RWP16-026*.

- <https://www.hks.harvard.edu/publications/trump-brexit-and-rise-populism-economic-have-nots-and-cultural-backlash>
- Jacobs, B. (2016). Hillary Clinton calls half of Trump supporters bigoted 'deplorables'. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/us-news/2016/sep/10/hillary-clinton-trump-supporters--bigoted-deplorables> [22.12.2023]
- Klapsis, A. (2014). Economic crisis and political extremism in Europe: from the 1930s to the present. *European View*, 13, 189–198. Doi: 10.1007/s12290-014-0315-5
- Kriesi, H. (2013). Democratic legitimacy: Is there a legitimacy crisis in contemporary politics? *Politische Vierteljahresschrift*, 54 (4). 609-638. Doi: <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2013-4-609>
- Kriesi, H. (2014). The populist challenge. *West European Politics*, 37 (2), 361-378. Doi: 10.1080/01402382.2014.887879
- Lengfeld, H. (2017). Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69, 209–232. Doi: 10.1007/s11577-017-0446-1
- Lengfeld, H.; Dilger, C. (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie*, 47 (3), 181-199. Doi: <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2018-1012>
- Loch, D.; Heitmeyer, W. (2001). Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen. In D. Loch, W. Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*. (3, 11-41). Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. Main.
- Magistro, B.; Wittstock, N. (2021). The rise and fall of anti-immigration parties: Changing preferences and issue salience in Italy. o.A. Doi: 10.13140/RG.2.2.10128.74247
- Maneri, M. (2019). „Vengono per delinquere“: logiche e cicli di criminalizzazione dell’immigrazione. *Italian Journal of Social Policy*, (2), 63-84.
- Martin, C. (2019). Electoral Participation and Right Wing Authoritarian Success – Evidence from the 2017 Federal Elections in Germany. *Politische Vierteljahresschrift*, 60, 245-271. Doi: <https://doi.org/10.1007/s11615-018-00148-4>
- Martini, S.; Quaranta, M. (2015). Finding Out the Hard Way: Uncovering the Structural Foundations of Political Dissatisfaction in Italy, 1973–2013. *West European Politics*, 38 (1), 28-52. Doi: 10.1080/01402382.2014.943524

- Medina Serran, J.-C. et al. (2019). The Rise of Germany's AfD: A Social Media Analysis. *Proceedings of International Conference on Social Media and Society, Toronto, ON, Canada, July 19–21, 2019*. <https://dl.acm.org/doi/pdf/10.1145/3328529.3328562>
- Menold, N.; Bogner, K. (2015). *Gestaltung von Ratingskalen in Fragebögen*. Mannheim. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (SDM Survey Guidelines). Doi: 10.15465/sdm-sg_015
- Messing, V.; Ságvári, B. (2019). *Still divided but more open. Mapping European attitudes towards migration before and after the migration crisis*. o.O. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Mete, V. (2010). Four types of anti-politics: Insights from the Italian case. *Modern Italy*, 15 (1). 37–61. Doi: <https://doi.org/10.1080/13532940903477872>
- Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39 (4), 541-563. Doi: <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>
- Mudde, C. (2009). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, C. (2021). *Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit*. Bonn: J. H. W. Dietz.
- Mosca, L.; Tronconi, F. (2019). Beyond left and right: the eclectic populism of the Five Star Movement. *West European Politics*, 42 (6), 1258-1283. Doi: <https://doi.org/10.1080/01402382.2019.1596691>
- Nimz, U. (2021). Pegida ist eine "erwiesene extremistische Bestrebung". *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/pegida-verfassungsschutz-rechtsextrem-1.5287883> [16.10.2023]
- o.A. (o.D.). Rechtsradikalismus. *Glossar Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500808/rechtsradikalismus/> [10.08.2023]
- o.A. (2009). Lega Nord sorgt für Eklat. Will eigene U-Bahn-Waggons für Mailänder. *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/1241622239684/lega-nord-sorgt-fuer-eklat-will-eigene-u-bahn-waggons-fuer-mailaender> [22.10.2023]
- o.A. (2013). Trotz Schuldenkrise. Italiens Bürger schwimmen im Geld. *Focus online*. https://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/italiens-buerger-schwimmen-im-geld-trotz-schuldenkrise_id_2063653.html [13.12.2023]

- o.A. (2016). Beatrix von Storch will Frauen und Kinder an Grenze mit Waffengewalt stoppen. *Stern*. <https://www.stern.de/politik/deutschland/beatrix-von-storch--afd-vize-will-frauen-und-kinder-an-grenze-mit-waffengewalt-stoppen-6675606.html> [13.12.2023]
- o. A. (2018): AfD darf rechtsextremistisch genannt werden. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/landgericht-giessen-afd-darf-rechtsextremistisch-genannt-werden-15549062.html> [05.08.2023]
- o.A. (2022). AfD als Verdachtsfall eingestuft. *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/505958/afd-als-verdachtsfall-ingestuft/> [14.08.2023]
- Pickel, S. (2019). Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In: Korte, K.; Schoofs, J. (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2017*. (145-175). Springer VS, Wiesbaden.
- Pirro, A. (2022). Far right: The significance of an umbrella concept. *Nations and Nationalism*, 29 (1), 101–112. Doi: <https://doi.org/10.1111/nana.12860>
- Pisetzki, D. (2022). Xenophobie. In: *Glossar der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus*. <https://www.gra.ch/bildung/glossar/xenophobie/> [16.12.2023]
- Ponticelli, J.; Voth, H.-J. (2020). Austerity and anarchy: Budget cuts and social unrest in Europe, 1919–2008. *Journal of Comparative Economics*, 48 (1), 1-19. Doi: <https://doi.org/10.1016/j.jce.2019.09.007>
- Pozzoni, F. (2018). *Anti-Immigration and Anti-Muslim Discourses: The Case of Matteo Salvini and Lega's Election Campaign 2018 in Italy*. Youth in Europe: Offenburg Talks. Nationalism, Populism & Far-Right Ideologies among Young People and the Role of Youth Work, Offenburg. https://www.researchgate.net/profile/Federico_Pozzoni/publication/342344748_Anti-Immigration_and_Anti-Muslim_Discourses_The_Case_of_Matteo_Salvini_and_Lega's_Election_Campaign_2018_in_Italy/links/5eef1932a6fdcc73be909177/Anti-Immigration-and-Anti-Muslim-Discourses-The-Case-of-Matteo-Salvini-and-Legas-Election-Campaign-2018-in-Italy.pdf
- red/ AFP (2018). Kölner Polizei zeigt AfD-Politikerin an. *Stuttgarter Nachrichten*. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.beatrix-von-storch-koelner-polizei-zeigt-afd-politikerin-an.be8cd791-7bd9-4b7a-b9fe-95359bd02f58.html> [06.01.2024]

- Reilly, K. (2016). Read Hillary Clinton's 'Basket of Deplorables' Remarks About Donald Trump Supporters. *Time*. <https://time.com/4486502/hillary-clinton-basket-of-deplorables-transcript/> [25.09.2023]
- Richter, Ch.; Bösch, L. (2017). *Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*. IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena.
- Rippl, S.; Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57 (4), 644-666. Doi: <https://doi.org/10.1007/s11577-005-0219-0>
- Rippl, S.; Seipel, Ch. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, 237-254. Doi: <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0522-1>
- Rose, D. (2023). Was die offizielle Statistik verbirgt. *Tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/hg-arbeitslosenzahlen-101.html> [06.01.2024]
- Rydgren, J. (2007). The Sociology of the Radical Right. *Annual Review of Sociology*, 33, 241–262. Doi: 10.1146/annurev.soc.33.040406.131752
- Salvini, M. (2017). Voi con chi state? *Facebook*. https://www.facebook.com/salviniofficial/posts/per-buonisti-sinistri-e-giornalisti-il-problema-dellitalia-sono-dieci-ragazzi-di/10155346799343155/?locale=it_IT [06.01.2024]
- Sarra, Ch. (2011). Sarkò e Merkel fanno i maestri: Italia e Grecia siano responsabili. *Il Giornale*. <https://www.ilgiornale.it/news/sark-e-merkel-fanno-i-maestri-italia-e-grecia-siano.html> [13.12.2023]
- Schade, S.M.; Wiegerling, U.; Bückner, S. (2019). Wer wählt AfD? Sozialpsychologische Merkmale einer heterogenen Gruppe. In E. Walther, S. D. Isemann (Hrsg.), *Die AfD – psychologisch betrachtet* (139-155). Springer.
- Schultze, R. (o.D.). Wahlforschung. In: *Handwörterbuch des politischen Systems*. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202209/wahlforschung/> [16.12.2023]
- Standard Eurobarometer 88: Standard Eurobarometer 88 (v1.00). (2018). [eb88_Volume_A]. European Commission, Directorate-General for Communication. http://data.europa.eu/88u/dataset/S2143_88_3_STD88_ENG

- Statista (2018). *Italien: Ergebnis der Parlamentswahlen in Italien im März 2018*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/865077/umfrage/ergebnis-der-parlamentswahlen-in-italien-2018/> [14.09.2023]
- Statista (2023). *Italien: Arbeitslosenquote von 1981 bis 2022 und Prognosen bis 2028*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17316/umfrage/arbeitslosenquote-in-italien/> [28.09.2023]
- Stockemer, D. (2017). The Economic Crisis (2009–2013) and Electoral Support for the Radical Right in Western Europe—Some New and Unexpected Findings. *Social Science Quarterly*, 98 (5), 1537-1553. Doi: 10.1111/ssqu.12374
- Tagesschau.de (2017): Umfragen zur AfD. *Tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2017-09-24-BT-DE/umfrage-afd.shtml> [29.07.2023]
- Tagesschau (2018). AfD klagt gegen Merkels Flüchtlingspolitik. <https://www.tagesschau.de/inland/afd-klage-fluechtlingspolitik-101.html> [06.01.2024]
- Tagesschau (2023). AfD-Politikerin brachte "Reichsbürger" in Bundestag. *Tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/inland/bgh-reichsbuerger-100.html> [14.08.2023]
- Ventura, S. (2022). *Giorgia Meloni und ihre Partei Fratelli d'Italia. Eine personalisierte Partei zwischen rechtsextrem und rechtsradikal*. (o.O.). Friedrich-Ebert-Stiftung Italien.
- Vercesi, M. (2021). Society and territory: making sense of Italian populism from a historical perspective. *Journal of Contemporary European Studies*, 31 (1). Doi: 10.1080/14782804.2021.1939664 <https://doi.org/10.1080/14782804.2021.1939664>
- von Beyme, K. (1988). Right-wing extremism in post-war Europe. *West European Politics*, 11 (2), 1-18. Doi: 10.1080/01402388808424678
- Zere, T. (2015). *Zukunft ungewiss: Wie geht es weiter mit der AfD?* <https://www.boell.de/de/2015/07/01/zukunft-ungewiss-wie-geht-es-weiter-mit-der-afd> [20.12.2023]

10 Anhang

10.1 Abstract

In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Thesen zur Motivation von Personen, die Rechtsaußenparteien unterstützen, aufgestellt. Als ausschlaggebend werden insbesondere drei Aspekte erachtet: (1) Ökonomische Unsicherheit in Folge der Globalisierung, (2) Anti-Immigrationspositionen und (3) Politikverdrossenheit. Den jüngsten Rechtsruck in Europa betreffend werden in diesem Zusammenhang die Finanzkrise 2007/2008 sowie die folgende Eurokrise um 2010 und die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 als verstärkend hervorgehoben. In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, ob die genannten drei Aspekte auf die Unterstützer*innen von Rechtsaußenparteien in Deutschland und Italien stärker zutreffen als auf die Anhänger*innen anderer Parteien. Dazu werden Daten der European Values Survey aus dem Zeitraum der Parlamentswahlen in Italien (2018) und Deutschland (2017) verwendet. Es zeigt sich, dass die tatsächlichen ökonomischen Verhältnisse keinen Einfluss auf die Parteipräferenz haben. Als entscheidend erweisen sich hingegen ablehnende Positionen gegenüber Zuwander*innen. Diese sind in beiden Ländern bei Unterstützer*innen der jeweiligen Rechtsaußenpartei stärker vorhanden als bei den Anhänger*innen anderer Parteien. Politikverdrossenheit ist nur in Deutschland Kennzeichen von Rechtsaußensympathisant*innen. In Italien stehen Unterstützer*innen der Lega dem politischen System positiver gegenüber als die der anderen Parteien.

In recent years, various theories about the motivation of people who support right-wing parties have been drafted. Three aspects in particular are considered crucial: (1) economic uncertainty as a result of globalization, (2) anti-immigration positions and (3) disenchantment with politics. Regarding the recent shift to the right in Europe, the financial crisis of 2007/2008 as well as the subsequent euro crisis around 2010 and the so-called refugee crisis of 2015 are considered intensifying. This thesis examines whether the three aspects mentioned apply more to supporters of right-wing parties in Germany and Italy than to supporters of other parties. For this purpose, data from the European Values Survey from the period of the parliamentary elections in Italy (2018) and Germany (2017) are used. It turns out that actual economic conditions have no influence on party preference. However, negative positions towards immigrants have proven to be decisive. In both countries, these are more present among supporters of the respective right-wing party than among supporters of other parties. Disenchantment with politics reveals itself crucial for the support of a right-wing party only in Germany. In Italy, supporters of Lega are more positive about the political system than those of other parties.